Nr. 223. 15. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7676. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 23. September 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Unsere Postabonnenten wollen umgehend das Abonnement erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

Der Kongreß der französischen Arbeiterpartei.

Paris, 20. September.

Der 16. Jahreskongreß der Arbeiterpartei (Guesdisten) wurde am 17. September in Montluçon eröffnet, in den Räumen des Rathhauses unter dem Ehrenvorsitz des sozialistischen Bürgermeisters der Stadt, Dormoy. Die Präsenzliste ergiebt die Zahl von 111 Delegirten, darunter 9 Abgeordnete, 9 Bürgermeister, 8 Bürgermeister-Adjunkte, 28 Gemeinderaths-, 6 Generalraths- und 3 Bezirksraths-Mitglieder. Vertreten sind 14 Föderationen (Regionalverbände), 609 lokale Gruppen, darunter 446 politische, ferner 64 Gewerkschaften, 19 Genossenschaften, 26 Gemeinderäthe, 58 Gemeinderaths-Minderheiten und 7 Volkshäuser.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung wird, wie üblich, eine allgemeine Deklaration votirt, worin die wichtigsten Ereignisse der internationalen sozialistischen Bewegung zusammengefaßt werden. Der Kongreß „begrüßt den ununterbrochenen Fortschritt des internationalen Sozialismus, den die letzten Parlamentswahlen Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Dänemarks mit Glanz bekundet haben"; er entbietet den so schwer geprüften italienischen Sozialisten den Ausdruck seiner glühenden Sympathie und seiner tiefen Bewunderung; beglückwünscht die spanische Arbeiterpartei zu ihrem muthigen Eintreten für den Frieden, trotz der Entfesselung der niedrigsten chauvinistischen Leidenschaften; konstatirt mit Freuden die kollektivistische Resolution des englischen Gewerkschaftskongresses; verzeichnet als ein hochbedeutsames Ereigniß die Abhaltung des ersten sozialdemokratischen Parteitages in Rußland, und protestirt gegen den Gesetzentwurf Trarieux' betreffend Aufhebung des Koalitionsrechts der Eisenbahnarbeiter.

Hierauf verliest Jules Guesde den Jahresbericht im Namen des Nationalrathes. An den letzten Kammerwahlen des Monats Mai betheiligte sich die Partei in 109 Wahlkreisen und 35 Departements. Gewählt wurden 14 Abgeordnete. Die Stimmenzahl ist seit 1893 von 186 208 auf 383 915 gestiegen. In den Departementswahlen des letzten Juli vereinigten 140 Kandidaten über 160 000 Stimmen. Eine Reihe Gemeinderaths-Nachwahlen verschafften der Partei über 30 neue Sitze. Zwei 1896 zuerst gewonnene Gemeinderäthe (Marsillargues-Hérault und Saint-Hyppolite-du-Fort im Gard-Departement) wurden nach deren Auflösung durch Barthou behauptet. Die Parteipresse zählt zur Zeit zwei Tagesblätter (in Lille und Roubaix), 12 Wochenblätter und 1 Monatsblatt. Seit dem letzten Kongreß haben die 15 Mitglieder des Nationalrathes 220 Propaganda-Versammlungen abgehalten.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betrifft die von Jaurès sofort nach den letzten Kammerwahlen angeregte Einigungsfrage. Der Kongreß votirte einstimmig die folgende vom Nationalrathe vorgeschlagene Resolution:

„Art. 1. Die französische Arbeiterpartei, das revolutionäre Zentralkomitee (Vaillant's Richtung), die Föderation der sozialistischen Arbeiter (Possibilisten), die sozialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei (Allemanisten) und die sog. unabhängigen Sozialisten vereinigen sich in einer Zentralunion, ohne daß an der inneren Thätigkeit oder an der Agitationsweise dieser verschiedenen Organisationen etwas geändert werden könnte.

„Um der Union beizutreten, müssen sich vorher die unabhängigen Sozialisten unter einander verständigen und auf dem Boden des Minimalprogramms von Saint-Mandé organisiren" (das Programm von Millerand mit den drei folgenden Punkten: Ersetzung des kapitalistischen Eigenthums durch das gesellschaftliche, Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und internationales Einvernehmen der Arbeiter).

„Art. 2. Das Vertretungsorgan der Union soll aus einer Abordnung jeder der fünf bezeichneten Organisationen bestehen. Die Zahl der Delegirten jeder einzelnen Organisation soll im Verhältniß stehen zu den für ihre Kandidaten in den letzten Kammerwahlen abgegebenen Stimmen. Die Delegirten treten zusammen jedesmal, wenn ein Zwischenfall aus dem Gebiete des politischen oder ökonomischen Kampfes einen gemeinsamen Entschluß oder eine einheitliche Aktion erheischt."

„Art. 3. Dem Nationalrath wird die Vollmacht ertheilt, mit den bezeichneten sozialistischen Organisationen auf Grundlage des vorstehenden Entwurfes zu verhandeln."

Zu dieser Resolution sei zunächst bemerkt, daß der Einigungsrahmen viel zu lose ist und gar keinen Keim der Fortentwickelung zu einer organisch verschmolzenen Parteieinheit enthält. Dann aber, und das ist vorläufig die Hauptsache, ist die Bestimmung der Delegirtenzahl in der Zentralunion durch die Stimmenzahl für die anderen Richtungen aus verschiedenen Gründen unannehmbar. Die Allemanisten haben übrigens bereits diese Vertretungsbasis entschieden abgelehnt. Ungünstig ist schließlich der Umstand, daß der Nationalrath sich vom Kongreß an seinen Entwurf hat binden lassen, was die in Aussicht genommenen Unterhandlungen bis zum Kongreß des nächsten Jahres ergebnißlos gestalten dürfte.

Eine besonders schwierige Frage, die aber natürlich außerhalb des Machtbereiches des Kongresses lag, ist die Eingliederung der unabhängigen, d. h. keiner Organisation angehörenden Sozialisten. Die Kongreßresolution verlangt mit recht deren vorherigen Zusammenschluß unter sich. Die Schwierigkeit aber besteht darin, daß die „Unabhängigen" prinzipiell mindestens ebenso weit auseinandergehen, wie die extremsten der bestehenden vier Organisationen.

Des weiteren faßte der Kongreß zwei Resolutionen über den Antisemitismus und den Nationalismus, die demagogischen Zwillingsrichtungen, die mit der Dreyfus-Affäre obenauf gekommen sind.

Aus der Resolution über den Antisemitismus sei folgendes hervorgehoben: „Der Antisemitismus ist weiter nichts als eine Form der Reaktion." Ueberall habe er ausschließlich klerikale und feudale Wurzeln. In Frankreich stehe an der Spitze des Antisemitismus der schlecht versteckte Jesuitismus eines Juden, der seine Rasse verrathen, des Judas Drumont". In allen Ländern handle es sich bei dem Antisemitismus um einen Versuch der Aristokratie und des Klerus, die zu gunsten der Bourgeoisie verlorene Macht wiederzugewinnen. Der Antisemitismus liefere jenen Kasten eine modern aussehende Maske. Den Mittelstand suchten sie zu ködern, indem sie ihm die Rettung vor der Uebermacht der Großgrundbesitzer, der Großindustrie und des Großhandels versprechen. Die Arbeiterklasse suchten sie durch einen „Sozialismus der dummen Kerle" einzufangen, indem sie an stelle der Vergesellschaftlichung aller Produktionsmittel die anarchische Plünderung der jüdischen Banken und Kramläden setzen . . . Der Antisemitismus habe jedoch einen gemeinsamen Berührungspunkt mit seiner Feindin, der liberalen Bourgeoisie. Wie diese, leugne er die Spaltung der Gesellschaft in Klassen. Er leugne die Spaltung der Juden wie der Christen in eine ausgebeutete und eine ausbeutende Klasse. . . . Deshalb habe der Antisemitismus keine Schicht der zielbewußten und organisirten Arbeiterklasse täuschen können. . . . Zum Schluß verurtheilt der Kongreß den Antisemitismus, in Anlehnung an die bezügliche Resolution des Brüsseler Internationalen Kongresses, als den Versuch, durch den Rassen- und Religionskrieg den nothwendigen Klassenkampf der Proletarier aller Rassen und aller Nationalitäten gegen die Kapitalisten aller Rassen und aller Nationalitäten zu ersetzen und als ein Ablenkungsmittel seitens der im Sterben liegenden Reaktion der Regierungen und der Besitzenden.

In der Resolution über den Nationalismus heißt es: „Der Nationalismus, den man dem proletarischen Internationalismus entgegensetzen will, ist zugleich ein politisches und ein ökonomisches Manöver. Er stellt nicht einmal einen Rückschritt da, da er keiner Thatsache in der Vergangenheit entspricht, da der Adel und der Klerus von ehemals, ebenso wie die Bourgeoisie zur Zeit der großen Revolution, aus verschiedenen Gründen, aber in gleicher Weise international waren, keine Landesgrenzen kannten. . . . Im Munde der Revolutionäre (der ersten französischen Revolution) schließt das Wort: „Patriot" alle nationalen Vertheidiger des alten Regime's aus und umfaßt im Gegentheil alle angeblich fremden Völker, die zur einträchtigen Bethätigung des Tyrannenhasses aufgefordert werden. Der Nationalismus steht im Widerspruch zur ganzen modernen Gesellschaft, die in ihrer Produktions- und Austauschweise wesentlich international ist und durch ihre Wissenschaft und Kunst jeden nationalen Rahmen sprengt. . . . . Ohne Vergangenheit und ohne Gegenwart, existirt der Nationalismus einerseits lediglich als ein Mittel, die Arbeiter, deren Befreiung von ihrer internationalen Einigung abhängt, zu spalten und gegen einander aufzuhetzen; und andererseits als ein Mittel für die kapitalistische Klasse, ihre angeblichen Kompatrioten (Volksgenossen) zu brandschatzen — mit ihrem nationalen Zucker, ihrem nationalen Getreide, ihrem nationalen Vieh und anderen nationalen Waaren, die sie der zum einfachen Absatzmarkt gewordenen Nation möglichst theuer zu verkaufen wünscht."

Am letzten Sitzungstage wurde zunächst die parlamentarische Thätigkeit der Partei-Abgeordneten behandelt. Es kam dabei zu Auseinandersetzungen über das Verhalten der Abgeordneten in der Dreyfus-Affäre. Die Pariser Gruppen waren nämlich unzufrieden sowohl mit der bekannten Neutralitätserklärung der Parteileitung, wie insbesondere mit dem Votum der Abgeordneten für den öffentlichen Anschlag der Cavaignac'schen Rede mit den Fälschungen Henry's und für die Verletzung des Interpellationsrechtes in der Person des sozialistischen Abgeordneten Fournière, der eine Interpellation über die schon damals dringend verdächtigen „Dokumente" eingebracht hatte. Auch der „Réveil du Nord", das in Lille erscheinende Tageblatt der Arbeiterpartei, hatte in letzterer Frage die Fraktion getadelt. Der Kongreß gab schließlich der Fraktion ein Vertrauensvotum, ebenso wie dem Nationalrathe. Zugleich aber wurde beschlossen, „eine kräftige Agitation zu entfalten anläßlich der militärischen, gouvernementalen und gerichtlichen Skandale, um die sozialistische und revolutionäre Erziehung des Proletariats zu vervollständigen". Der Sache nach scheint also der Standpunkt derjenigen Parteigruppen die Oberhand gewonnen zu haben, die es in der Dreyfus-Sache mit Jaurès und der „Petite République" halten.

Ferner wurden die Abgeordneten verpflichtet, sich im Einverständniß mit dem Nationalrath an der Agitation im Lande zu betheiligen.

Die Frage der internationalen Abrüstung wurde nach einem Referat von Paul Lafargue durch folgende Resolution erledigt:

„Die französische Arbeiterpartei arbeitet und kämpft mit den sozialistischen Parteien der alten und neuen Welt für den Sieg einer neuen Ordnung, in welcher die mit dem Verschwinden der Klassen geeignete Menschheit endlich neben Freiheit und Wohlstand den endgiltigen Frieden finden wird. Die Partei erstrebt daher sehnlichster als irgend jemand die Beseitigung der Barbarei in der zweiten Potenz, welche in den immer riesenhafteren Rüstungen der Gegenwart verkörpert wird.

„Aber sie weiß, daß die Abrüstung, trotz der durch jene Rüstungen verursachten Menschenverschwendung unmöglich ist für eine Gesellschaft, die auf dem Gebiete der Produktion und des Austausches Klasse gegen Klasse, Individuum gegen Individuum bewaffnet.

„Sie weiß, daß der Friede, welches auch der allgemeine Wunsch sein möge, unmöglich ist für eine Gesellschaft, die auf dem ökonomischen Kampfe oder Kriege aller gegen alle beruht.

„Sie erwartet daher das Verschwinden des Militarismus einzig vom Verschwinden des Kapitalismus, der ihn erzeugt und naturnothwendig aufrechterhält.

„Sie weigert sich denn auch, den neuesten Vorschlag des in einen Abbé de Saint-Pierre schlecht vermummten russischen Zarismus ernst zu nehmen, und kann nur fragen: Wen täuscht man da? Wen hofft man mit einer solchen Utopie zu täuschen?

„Es mag sein, daß die Verständigeren unter den Regierenden — mit Rücksicht darauf, daß ein europäischer Krieg immer unmöglicher wird und daß die die ganze Nation umfassenden Armeen eine wahre revolutionäre Gefahr werden — geneigt wären, diese Armeen zu entlassen und sie durch eine Art nationaler Gendarmerie zu ersetzen, bestehend aus gewerbsmäßigen Soldaten und ausschließlich gegen den inneren Feind, d. h. das Proletariat und den Sozialismus gerichtet.

„Aber stärker als jeder Wille ist . . . die wirthschaftliche Nothwendigkeit, die selbst einem bloßen Einhalten des fortschreitenden Uebels sich widersetzt . . ."

Dieser Gedanke wird dann ausführlich mit den für die bestehende Gesellschaft unerträglichen wirthschaftlichen Folgen der allgemeinen Abrüstung begründet, so daß die Abrüstung „nicht zur Befreiung, sondern zur schlimmsten Katastrophe" führen müßte. „Friede und Abrüstung setzen den Triumph des Sozialismus voraus" . . .

Am Schlusse heißt es dann: „Falls jedoch die Abrüstungskonferenz zu stande kommen und Frankreich es für nöthig erachten sollte, Delegirte zu derselben zu schicken, so beschließt der 16. Nationalkongreß der französischen Arbeiterpartei, daß ihre Abgeordneten im Parlament zu verlangen haben, daß die Vertreter der französischen Republik beauftragt werden sollen, auf der Konferenz für die gleichzeitige und allmälige Herabsetzung der aktiven Dienstzeit in den europäischen Armeen einzutreten, da dies das einzige Mittel ist zur wirklichen Erleichterung der erdrückenden Lasten des Militarismus."

Von den übrigen Resolutionen seien folgende erwähnt: Abschaffung der Kriegsgerichte, Einführung der zweijährigen Dienstzeit, Zustimmung zu dem in der Kammer von den Parteivertretern eingebrachten Antrag betr. den wirksamen Schutz des Wahlgeheimnisses und der Wahlfreiheit.

In den Nationalrath wurden folgende 20 Mitglieder gewählt oder wiedergewählt, und zwar 10 Deputirte: Carnaud, Krauß, Zévaès, Bénézech, Pastre, Cadenat, Ferrero, Dufour, Légitimus, Sauvonet, und Jules Guesde, P. Lafargue, Chauvin, Ferroul, Prévost, Farjot, Roussel, Fortin, Pédron, Frau Aline Valette.

Die russische Regierung in Polen.

I.

Ein interessantes Buch liegt uns vor. Unter dem Titel „Geheime Aktenstücke der russischen Regierung betreffend polnische Angelegenheiten" ist in London im Auftrage des Vorstandes der Sozialistischen Partei Polens eine Sammlung wichtiger „konfidentioneller Dokumente, die dank einem glücklichen Zufall in die Hände unserer Genossen gerathen sind, in polnischer Uebersetzung erschienen. Das Buch enthält außer einer kurzen Einleitung von den Herausgebern — folgende Aktenstücke: 1. Vertraulicher Bericht des General-Gouveneurs von Kongreßpolen, des Fürsten Imeretinsky, für 1897, erstattet an den Zaren am 24. Januar d. J. 2. Protokolle über die Sitzungen des Ministerkomitee's vom 22. Februar und 1. März d. J., in denen der genannte Bericht auf Befehl des Zaren in Gegenwart des Fürsten Imeretinsky diskutirt wurde. 3. Eine von der Kanzlei des Minister-Komitees redigirte Note über die Geschichte der vom Fürsten Imeretinsky angeregten Fragen, welche als Hilfsmaterial bei der Diskussion in den genannten Sitzungen dienten. Das erste von den drei Aktenstücken ist mit den Randglossen Nikolaus' II. versehen.

In seiner Darstellung der Zustände Russisch-Polens geht Fürst Imeretinsky vom bekannten Gesichtspunkte der Russifikatoren Polens aus. Die polnische Bevölkerung zerfällt bei ihm in zwei besondere Schichten: Bauern und Nicht-Bauern. „Die Regierung hält in Polen die Bauern für die feste Stütze des russischen Regimes; in jeder Berührung dagegen mit anderen Klassen der polnischen Gesellschaft tritt sie auf ein unsicheres Gebiet."

Was die Bauern betrifft, so schreibt Fürst Imeretinsky deren „loyale Gesinnung" der dankbaren Erinnerung an die von der russischen Regierung 1864 vollführte Grundbesitzreform zu. Aber — sagt er: „sogar im Augenblick der Durchführung jener wichtigen Reform fühlte das polnische Bauerthum keine innere geistige Verwandtschaft mit der Regierung". Dabei glaubt er: „Rein materielle Vortheile sind nicht hinreichend, um die Herzen des Volkes zu gewinnen, welches früher oder später zur Erkenntniß kommen wird, daß ihm gegenüber die russische Regierung in nationaler und religiöser Hinsicht eine fremde ist". Die Regierung solle „dieses Volksgefühl zu überwinden suchen, indem sie beweist, daß ihr nicht nur das materielle, sondern auch „geistige" Wohl der Bauern am Herzen liegt, daß die Regierung und nur die Regierung immer bereit ist, den Bauern zu helfen." Fürst Imeretinsky wirft die Frage auf, ob die Regierung demgemäß gehandelt habe, und antwortet „mit tiefer Herzenswehe": — „Man hat voreilig geurtheilt, daß die Bauern unbedingt und für immer der russischen Regierung treu bleiben müssen (obgleich sie sogar in den sechziger Jahren nur dankbar waren), und auf grund dieser Illusion ist die Regierung mit übermäßiger Zuversicht seit bereits über 20 Jahren in den Zustand vollständiger Unthätigkeit übergegangen. Inzwischen sind, eben während dieses Zeitraums, in der materiellen Lage der polnischen Bauern ernsthafte Uebelstände zum Vorschein gekommen, und es begannen auch die Bauernmassen augenscheinlich aus dem langen geistigen Schlafe zu erwachen." — „Die Unthätigkeit der russischen Regierung wird von anderen Klassen der polnischen Gesellschaft benutzt; diesen folgt auch die sozialrevolutionäre Propaganda, die in jedem sozialen Organismus den Punkt der schwächsten Widerstandsfähigkeit anzugreifen pflegt, — und zu einem solchen Punkt wird in diesem Fall für die volksthümlichen Agitatoren der polnischen Bauernbevölkerung." „Der unversöhnliche Theil die polnische gebildeten Klassen schreibt die Niederlage des letzten polnischen Aufstandes dem Indifferentismus der Bauern zu, trachtet daher den Bauern den ihnen bisher unbekannten polnischen Patriotismus einzuimpfen, das nationale Bewußtsein zu erwecken, die regierungsfeindlichen Tendenzen und die Hoffnung auf Wiederherstellung Polens zu erregen. Die Losung: „Durch das aufgeklärte Volk zum unabhängigen Polen!" — die Losung, die zuerst in Galizien erscholl und gewissermaßen ein neues politisches Programm bildet, fand einen Wiederhall auch in Russisch-Polen. Die politischen Untersuchungen, welche in den letzten Jahren von der Gendarmerie geführt wurden, beweisen, daß die politische Propaganda im genannten Sinne unter den Bauern in vielen Fällen mit Erfolg betrieben wurde." „Zum Glück aber genügen diese nur vereinzelten Fälle noch nicht für die Behauptung, daß die politische Propaganda unter den Bauern den Charakter einer Massenbewegung angenommen hätte. Aber zweifellos kann sie zu einer furchtbaren Gefahr werden, sollte die Regierung auch weiterhin den Kampf gegen diese Propaganda nur mit polizeilichen und repressiven Mitteln führen und die Beseitigung der uns feindlichen Grundbedingungen vernachlässigen, die den Boden für Erfolge der revolutionären Propaganda schaffen."

Fürst Imeretinsky schlägt daher eine Reihe seiner Meinung nach unentbehrlicher Maßregeln vor, welche die „geistigen und materiellen Bedürfnisse" der Bauern befriedigen und deren Unterthanentreue gegenüber der russischen Regierung sichern sollen.

Was die geistigen Bedürfnisse betrifft, so glaubt er, „es sei die Aufgabe der Staatsschule in Polen, in jedem Schüler das Bewußtsein zu befestigen, daß er vor allem ein russischer Unterthan und erst dann ein Pole ist, daß aber die Regierung keineswegs gewillt ist, seinen Glauben und seine nationale Besonderheiten zu vergewaltigen.“ Für die Schule müsse das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen werden, man müsse alle Bedingungen wegschaffen, die den geheimen Kinderunterricht begünstigen. Es sei dies um so wichtiger, als die Personen, die den Kinderunterricht außerhalb der Schule betreiben, „keineswegs immer in politischer Hinsicht zuverlässig sind.“ Um die Staatsschule aber den Bauern vertrauenswürdiger erscheinen zu lassen, müsse man 1. den Unterricht der polnischen Sprache besser gestalten, 2. dem katholischen Priester den Zutritt zur Schule und zwar zum Religionsunterricht freilassen. „Hand in Hand mit der Volksschule, als deren unentbehrliche Vervollständigung, sollen die Volksbibliotheken entstehen und sich entwickeln. . . In den letzten Jahren wurden, dank der Bemühungen der geschickten Agitatoren, hunderte und tausende regierungsfeindlicher Broschüren von einem höchst gefährlichen Charakter unter die Volksmassen gebracht. Inzwischen aber hatten wir keine vom Staate subventionirten und kontrollirten Volksbibliotheken. Der polnische Bauer und noch mehr der polnische Fabrikarbeiter beginnen bereits aus Mangel an anderer Lektüre (!) diese ausländischen Schriften zu lesen, deren Einfuhr, dank der verhältnißmäßig ungenügenden polizeilichen Bewachung unserer österreichischen und deutschen Grenzen, fortwährend zunimmt. Zum Kampfe gegen dieses neue stets wachsende Uebel muß man andere, wirksamere Mittel anwenden, als die blos polizeiliche Aufsicht.“ Dieses Mittel aber sollen die vom Fürsten Imeretinsky vorgeschlagenen Volksbibliotheken bilden. „Dieses Ziel können wir nur dann erreichen, wenn wir dem polnischen Bauer statt des aus dem Auslande eingeschmuggelten Buches ein anderes Buch anbieten, aber nur ein polnisches Buch, nicht ein russisches. Für die russischen Bücher wird die Zeit noch kommen. Einstweilen aber müssen wir die Kräfte auf das sofort unverzüglich Nöthige konzentriren, weil sonst der polnische Bauer die Bibliothek nie besuchen würde.“ „Man muß daher die russischen Bücher in die Verzeichnisse der hiesigen Volksbibliotheken äußerst vorsichtig und nur schrittweise einführen, keinenfalls aber dürfen wir die polnischen Bücher mit den russischen erdrücken.“

Wenn das vom Fürsten Imeretinsky entworfene Situationsbild auf keinen Widerspruch seitens der über seinen Bericht zu Rathe sitzenden Minister stieß, so gestaltete sich die Sache anders bei seinen positiven Vorschlägen. Hier wurde er sofort angegriffen. Was die Volksbibliotheken betrifft, so hat der Zar selbst am Rande der betreffenden Stelle des Berichtes sein gebieterisches „Ja!“ vermerkt, es war daher nicht gut möglich, den Vorschlag zu bekämpfen, der übrigens auf die höchst bescheidene Forderung eines Kredits im Gesammtbetrage von 128 800 M. hinauslief. (Für 128 800 M. soll die ganze Wirkung der sozialistischen und revolutionären Literatur vernichtet werden!) Nichtsdestoweniger erlaubte sich Herr Ostrowsky, der Vorsitzende des Departements der Gesetze im Staatsrathe, die Bemerkung, daß es kaum viele Volksbücher in der polnischen Sprache gebe, die vom Standpunkte der russischen Staatsinteressen für ganz befriedigend gehalten werden könnten; übrigens errege die Leichtigkeit, womit solche Bücher im Auslande verfälscht (dem Aeußeren nach nachgeahmt) werden könnten, Bedenken über den Einfluß, den diese Bibliotheken auf die Weltanschauung des polnischen Bauern ausüben können. Fürst Imeretinsky selbst spricht zwar in seinem Bericht: die ganze polnische Literatur trachte danach, im Leser das stolze Bewußtsein der Zugehörigkeit zur „großen polnischen Nation“ zu befestigen, ihn dagegen sorgfältig vom Gedanken an die Verwandtschaft mit einer anderen slavischen Nation, namentlich mit der russischen Nation, abzuwenden.“ Er beeilte sich aber, den Herrn Ostrowsky zu beruhigen: eine spezielle Beamtenkommission sei beauftragt, die Bibliotheken zu überwachen; es sei daher unmöglich, irgend welche verbotenen Schriften in dieselben einzuschmuggeln.

Die ministerielle Opposition gegen die Vorschläge des Fürsten Imeretinsky betreffs des Unterrichts der polnischen Sprache war bei weitem heftiger. Der Zar empfahl in seiner diesbezüglichen Randglosse nur „sorgfältige Erwägung“ dieser Vorschläge des Generalgouverneurs, und das Ergebniß der Diskussion über die ganze Frage des Unterrichts der polnischen Sprache (nicht nur in den Elementarschulen, sondern auch in den Gymnasien 2c.) war gleich Null.

Aber am meisten hat die Frage der Zulassung der katholischen Priester zum Religionsunterricht in den Volksschulen die Minister beschäftigt. Fürst Imeretinsky selbst stimmt allen Ministern zu, die in der katholischen Geistlichkeit ein regierungsfeindliches Element sehen. Der ehemalige Minister der Volksaufklärung, Graf Delanoff, meinte bei einer früheren Berathung über dieselbe Frage (zitirt in der anfangs genannten Note der Kanzlei des Ministerkomitees): es sei besser, keine Schule zu haben, als die Schule unter dem Einfluß der polnischen katholischen Priesterschaft. Dagegen meint Fürst Imeretinsky: „Der Priester kann außerhalb der Schule einen weit größeren Schaden anstiften, als innerhalb derselben . . . Man muß daher aus allen Kräften danach streben, den Priester in die Schule hineinzuziehen, um dadurch seine geheime Propaganda möglichst einzuschränken.“ — Man einigte sich endlich dahin, daß die bisherige Handlungsweise der russischen Beamten, die einer früheren prinzipiellen Entscheidung dieser Frage zum Trotz, den Zutritt und sogar das Petitioniren der Gemeinden um den Zulaß der katholischen Priester in die Schule überhaupt unmöglich machten, tadelswerth sei, und daß die Entscheidung jedes einzelnen Falles nach unparteiischer Prüfung des Charakters jedes betreffenden Priesters seitens der Schul- und Polizeibehörden geschehen solle, wobei in zweifelhaften Fällen das letzte Wort dem Generalgouverneur zukommt.

Damit war das ganze Programm Imeretinsky's erschöpft, was „die geistigen Bedürfnisse der Bauernschaft“ betrifft. Er empfahl zwar, einem Theil der für ihre römisch-katholische Religion unter schrecklichen Verfolgungen seit Jahrzehnten kämpfenden sogen. „Unten“ etwas Glaubensfreiheit zu lassen; aber dieser schüchterne Vorschlag wurde garnicht diskutirt, da der Zar bei der betreffenden Stelle des Berichtes die kurze Randglosse machte: „Nicht einverstanden“. Zu keinem positiven Vorschlag führte auch die allgemeine Bemerkung des Fürsten Imeretinsky: „Was die Dorf- und Stadt-Elementarschulen überhaupt betrifft, so muß man die traurige Thatsache verzeichnen, daß deren ungenügende Anzahl und kümmerliche Ausstattung sie weit hinter den Schulen Zentral-Rußlands zurückbleiben ließ.“ Doch sind die folgenden bereits im Jahre 1892 vom damaligen Generalgouverneur Gurko angeführten Ziffern beredt genug: Die Zahl der Schüler in den Dorf-Elementarschulen Kongreß-Polens betrug 1882: 127 658, 1892 dagegen nur 124 721, trotz des Wachsthums der Bevölkerung, das in diesem Lande jährlich 1,6—1,8 pCt. beträgt!

Gehen wir nun zu den „materiellen Bedürfnissen der polnischen Bauernschaft“ über. Fürst Imeretinsky schreibt in seinem Bericht: „Bei der Grundbesitz-Reform im Königreich Polen (1864) betrug die Zahl der besitzlosen Bauern ungefähr 200 000, im Jahre 1891 war infolge des natürlichen Zuwachses, und noch mehr dank dem Uebergang eines bedeutenden Theiles der Kleinbauern in die Reihen der Besitzlosen diese Zahl auf 840 000 gestiegen. Der Uebergang der besitzenden Bauern in die Reihen des besitzlosen Proletariats ist vorwiegend durch die Abwesenheit eines billigen Bodenkredits für die Bauern verursacht.

. . . In dieser Weise finden wir in Kongreß-Polen eine Bauernbevölkerung von über 1 500 000, entweder vollständig besitzlos, oder mit nur kleinen Parzellen, daß sie sogar den unentbehrlichsten Lebensunterhalt nicht sichern können. Zweifelsohne bedroht eine hoffnungslose Lage einer ungeheueren Masse des Landproletariats die Staats- und Gesellschaftsordnung mit ernsten Gefahren. Die Thatsache der Proletarisirung von fast 25 pCt. der Dorfbevölkerung . . . ist darum hochwichtig in wirthschaftlicher und politischer Hinsicht.“

Darauf erwiderte der Minister des Innern, Goremykin: „Trotz der großen Zahl der Besitzlosen muß man anerkennen, daß die wirthschaftliche Lage der Bauern in Kongreßpolen vortrefflich (!) ist; sie kann sicher den Vergleich mit der Lage der Bauern nicht nur in Zentralrußland, sondern auch mit der Lage der Bauern in allen anderen Staaten bestehen. Es giebt dort fast keine Steuerrückstände, keine Hungerjahre, die Lebensmittel sind gesichert, die Ersparnisse nehmen zu, und der Boden ist bis jetzt mit keinen Schulden belastet.“ (!!)

Fürst Imeretinskij wiederholte, daß „trotz der wirklich vorzüglichen wirthschaftlichen Lage der polnischen Bauern“ die besitzlosen Landproletarier ein Viertel der Dorfbevölkerung bilden, es gebe auch fast keine Erwerbsquelle für dieselben; die Arbeitslöhne seien auf dem flachen Lande so niedrig, wie in fast keinem Gouvernement Zentralrußlands; die Lage werde noch durch die Konkurrenz der massenhaft einwandernden ausländischen Arbeiter verschlimmert. Aber der wichtigste Umstand sei die folgende Erwägung: „In diesem von der politisch leicht erregbaren polnischen Nation bevölkerten Lande sind die politischen Leidenschaften keineswegs zur Ruhe gebracht. Der an dem Grundbesitz hängende Bauer kann nach Losreißung von demselben leicht zum Spielzeug dieser Leidenschaften werden in Händen der übelgesinnten und regierungsfeindlichen Leute.“ Und dieser Gesichtspunkt wurde von allen Ministern mit Nachdruck für richtig erkannt.

Den einzigen praktischen Ausweg sah Herr Goremykin in der vom Staat organisirten Auswanderung nach Sibirien und dem Kaukasus, und zwar im Gegensatz zu der von den Bauern selbst erwählten Auswanderung nach Amerika.

Der Finanzminister Witte fügte der Kritik des Herrn Goremykin noch hinzu, daß „Erleichterung und Verbesserung des Bodenkredits für die Bauern selbstverständlich von großem Nutzen sein kann, aber nur für die kreditfähigen Bauern. Inzwischen handelt es sich vielmehr darum, den am meisten nothleidenden Schichten des Bauernthums Hilfe zu leisten, die nicht im stande sind, von solchen Mitteln Gebrauch zu machen“. Dagegen erkannte Herr Witte die Richtigkeit der Behauptung des Fürsten Imeretinskij: die Petersburger Amtsstellen seien nicht kompetent, diese Frage sachkundig zu beurtheilen, und schloß sich dem Vorschlage an betreffend die Bildung eines Beamtenkomitees in Warschau zum Zwecke der Revision der bestehenden Gesetze und der Ausarbeitung der Entwürfe neuer Verordnungen auf dem Gebiete der Bauernfrage. Dieser Vorschlag wurde endlich vom Ministerkomitee angenommen (und ist bereits verwirklicht worden).

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. September.

Wer trägt die Schuld? Der Mailänder Korrespondent der „Neuen Zür. Ztg.“ ist in der Lage, einige neue, nicht uninteressante Mittheilungen über die Abkunft des Genfer Attentäters zu machen. Danach diente die Mutter Luccheni's in Albareto di Bargetaro bei einem reichen Junggesellen, der sie verführte und sie sodann mit einer Summe Geldes nach Paris zur Entbindung schickte, wo der Knabe geboren und als das Kind eines unbekannten Vaters und der Luigia Luccheni in das Geburtsregister eingetragen wurde. Die Mutter brachte dann den Neugeborenen mit zurück und übergab ihn dem Findelhause in Parma. Die Mutter, von ihrem Verführer verlassen, wanderte vor Jahren nach Amerika aus, wo sie heute noch in San Francisko lebt. Auch der Vater, der sich später verheirathete, ist noch am Leben und wohnt als reicher Mann in der Nähe von Parma.

Luccheni ist also ein Bourgeoissprößling, den der reiche Vater elend verlassen hat und verwahrlosen ließ. Das ist ein Fall, wie er täglich hunderte Male in dieser bourgeoisen Ordnung der Dinge vorkommt.

Der reiche Wollüstling betrügt die Armuth und zeugt den Verbrecher. Alsdann nimmt er das Verbrechen zum Anlaß, um im Namen der Heiligkeit von Ehe, Religion und Sittlichkeit die Armen noch mehr zu bedrücken. —

Ueber die Fleischnoth hat die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ eine Umfrage an alle größeren Fleischerinnungen und Schlachthof-Direktionen gerichtet, um festzustellen, welche Wirkungen die Grenzsperren und Einfuhrerschwerungen auf die Fleischversorgung ausgeübt haben. Die Antworten haben ein Bild ergeben, das solchen Behauptungen der Agrarier, wie sie sie bis vor kurzem noch wagten, daß Fleischmangel und Fleischtheuerung überhaupt nicht beständen, den Weg verlegen wird. Die Ergebnisse sind unter Weglassung des Zahlenmaterials folgende:

Die Zufuhr von Rindern und Schweinen ist in denjenigen Gegenden, die darauf angewiesen sind, d. h. ihren Bedarf nicht durch eigene Zucht zu decken im stande sind, seit der Grenzsperre und Einfuhrbeschränkung stetig zurückgegangen. Während von dem Rückgang der Zufuhr an Rindern aber nur eine beschränkte Anzahl von Gauen betroffen wird, ist die Zufuhrabnahme bei Schweinen fast allgemein und in stetiger Steigerung begriffen. Die beigebrachten Zahlen zeigen, daß an vielen Orten die Abnahme geradezu besorgnißerregend ist. Und diese Abnahmen haben stattgefunden, obgleich die Bevölkerung in der Zwischenzeit gewaltig gewachsen ist.

Unter diesen Umständen ist es natürlich, daß die Ziffer der Schlachtungen an vielen Orten entweder abgenommen oder nicht zugenommen hat. Also statt einer dem Wachsthum der Bevölkerung entsprechenden, für ihre angemessene Ernährung nothwendigen Steigerung der Schlachtungen entweder Beharrung oder Abnahme! Dazu kommt als sehr wesentlich, daß ein Theil des heutigen Schlachtmaterials unreifer, leichter und minderwerthig ist, als das Vieh war, das vor der Grenzsperre zur Schlachtung kam und deshalb bei weitem nicht mehr dieselbe Fleischmenge bedeutet.

Die Folge der Viehknappheit ist, daß der Fleischer nimmt und nehmen muß, was er bekommt. Er kann nicht lange wählen; daneben wartet ja schon ein anderer, der das Vieh auch braucht. Der Züchter aber, dem die Waare aus der Hand gerissen wird, bringt sowohl alte Stallhüter wie unreifes Zeug auf den Markt — er wird ja doch alles los — und entwöhnt sich, Werth auf gute Fütterung zu legen. Die Klagen über geringe Schwere und schlechte Qualität der Schweine nehmen kein Ende. Die geringere Qualität wird theilweise auch auf die Fütterung mit künstlichen Futterstoffen zurückgeführt. Die Beschaffenheit der Rinder wird nicht so sehr bemängelt.

Schließlich wird festgestellt, daß die Fleischpreise den Viehpreisen nicht mit gleichem Schritt gefolgt sind. Das bildet eine vortreffliche Beleuchtung der alten agrarischen Lüge, daß die Schlächter die eigentlichen Fleischvertheuerer seien. Die Preiserhöhung ist für die einzelnen Fleischgattungen verschieden; für Schweinefleisch schwankt sie zwischen 10 und 20 Pf. für das Pfund; die Verschiedenheit ist durch örtliche Verhältnisse und Qualität bedingt. —

Die grenzenlose Verlogenheit unserer reaktionslustigen Gegner, welche die Sozialdemokratie mit dem Genfer Attentat in Verbindung bringen wollen, zeigt sich jetzt auch darin, daß sie groß Wesens machen von einer Aeußerung, die einst Bebel über das Vorgehen der russischen Nihilisten gemacht haben soll. Bebel soll geäußert haben, wenn solche Verhältnisse wie in Rußland bei uns herrschten, so wäre er einer der ersten, der zu den nämlichen Mitteln greifen würde.

Wir brauchen garnicht nachzuforschen, ob Bebel so oder so ähnlich gesprochen hat. Auch wenn er so gesprochen hat, beweisen die konservativen Blätter mit dieser Reminiscenz nur die ihnen freilich überaus peinliche Unmöglichkeit, irgend etwas Stichhaltiges gegen die Taktik der deutschen Sozialdemokratie vorzubringen.

Wollen denn die Herren von den „Hamburger Nachrichten“ und der „Deutschen Tageszeitung“, die jene Aeußerung zitiren, bei uns russische Zustände einführen? —

Das deutsche Urheberrecht soll abgeändert werden. Zur Berathung über die geplante Abänderung hat das Reichs-Justizamt für den 10. Oktober eine Kommission von Sachverständigen eingeladen, deren Zusammensetzung überaus bezeichnend für die Werthschätzung der geistigen Thätigkeit seitens der gegenwärtigen Regierungsleute ist. Die Kommission besteht nämlich, abgesehen von den Kommissaren der Regierung, die durchweg Verwaltungsbeamte oder Juristen sind, aus zehn Verlegern, sechs Juristen und zwei ganzen Personen, die dem Schriftstellerstande angehören. Anstatt Vertreter der verschiedenen Schriftstellerorganisationen und hervorragende Schriftsteller selbst zu dieser Kommission zu laden, hat man sich begnügt, eine Reihe von Geschäftsleuten ins Reichs-Justizamt zu befehlen. Männer wie Brockhaus, Bock, Beck, Engelhorn, Dr. Hase, Mühlbrecht, Spemann, Voigtländer — Personen, die nur als Geschäftsleute einen Namen besitzen, sollen über das Urheberrecht kompetente Gutachten abgeben. Das ist gerade so, als ob man einen Ausschuß von Unternehmern einsetzte, um Interessen der Arbeiter zu wahren. Die Verlagsbuchhändler werden ja gewiß die Urheberrechte so weit berücksichtigen, als es in ihrem Geschäftsinteresse liegt, aber darüber hinaus fehlt ihnen sowohl das Interesse, als auch, offen gestanden, das nöthige Verständniß. Denn der Verleger ist seiner ganzen Natur nach durchaus Geschäftsmann, und danach richtet sich auch seine Stellung zum Urheberrecht. Unseres Erachtens nach hat das Urheberrecht aber in erster Linie den geistigen Verfasser des Werkes zu schützen und nicht die finanziellen Interessen der durch die Schriftsteller erst begütert gewordenen und zu Ansehen gelangten Herren Verleger. —

Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden nahm in seiner ersten Versammlung nach den Ferien einen Bericht seines Vorsitzenden, Kommerzienrath Lissauer, über „den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit betr. die Waarenhäuser und die Verminderung der Lasten der kleinen und mittleren Handel- und Gewerbetreibenden“ entgegen. Danach stehe es fest, daß die Frage der Waarenhaussteuer energisch im Finanzministerium betrieben werde und daß unzweifelhaft dem Abgeordnetenhause ein Gesetz vorgelegt werden würde, das den Wünschen der kleineren und mittleren Gewerbetreibenden genüge. — In derselben Versammlung wurde eine Resolution beschlossen, in welcher verlangt wird, daß die Rabatt-Sparvereine unter das Reichsgesetz betreffend die Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften gestellt und zu allen staatlichen und städtischen Steuern sowie auch zu der anzustrebenden Umsatzsteuer für Waarenhäuser herangezogen werden. Ebenso wurde beschlossen, eine Denkschrift der Staatsregierung zu überreichen, in welcher dieselbe gebeten wird, dem Abgeordnetenhause schleunigst entsprechende Gesetzentwürfe vorzulegen. —

Bismarck's Hinterlassenschaft suchen seine Trabanten in der Presse aus sehr naheliegenden Gründen als geringfügig hinzustellen; der „National-Zeitung“ bestätigten die „Hamburger Nachrichten“, daß das ganze Kapital und Baarvermögen des Nachlasses Bismarck's noch nicht 2½ Millionen Mark betragen habe. Dies veranlaßt die „Märkische Volkszeitung“ zu folgender Feststellung: Das mag richtig sein, betrifft aber doch nur einen Theil des Vermögens überhaupt. Wie viele Millionen Werth repräsentiren denn die großen Besitzungen in Friedrichsruh, Varzin und Schönhausen, die dem Kanzler sämmtlich geschenkt wurden, mit ihren industriellen Anlagen 2c.? Hat doch das kleinste von diesen Gütern, Schönhausen, das dem Fürsten zum 70. Geburtstage geschenkt wurde, weit über eine Million Mark gekostet! Mit diesen großen Besitzungen wird, wie auch vor einiger Zeit berichtet worden, das Bismarck'sche Vermögen sicher nicht unter 20 Millionen Mark repräsentiren. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Das Landgericht zu Würzburg verurtheilte den ledigen Schmied Wilhelm Schweitzer von Herbertshofen wegen Beleidigung des Prinzregenten zu vier Monaten Gefängniß. —

Oesterreich.

Wien, 21. September. Unter den Abgeordneten der deutschen Opposition wird die Frage erwogen, ob es nicht zweckmäßig wäre, unter voller Aufrechterhaltung der schärfsten Opposition gegen das Kabinet Thun in der Form der Obstruktionstaktik eine Aenderung eintreten zu lassen, in der Weise, daß die Ausgleichsvorlagen in die Verhandlung gezogen würden, um zu verhindern, daß der als schädlich erkannte Badeni'sche Ausgleich im Wege der Nothverordnung nach § 14 des Staats-Grundgesetzes oktroyirt werde. Diese Frage wird die übermorgen stattfindende Konferenz der Obmänner der Linken und die deutschen Oppositionsparteien in ihren ersten Versammlungen beschäftigen. —

Ungarn.

Budapest, 21. September. Einzelausschuß des Abgeordnetenhauses. Bei dem Titel „Gemeinsame Ausgaben“ erklärt Finanzminister Dr. v. Lukacs auf eine Anfrage des Abgeordneten Komjathy (unabhängig), die Regierung vertrete den Standpunkt, daß der freie Verkehr zwischen Ungarn und Oesterreich das beste sei; die Regierung halte es für zweckmäßig, daß dieser bisherige Weg weiterhin verfolgt werde. Es sei der Wunsch der Regierung, daß der Ausgleich, so wie er ursprünglich in Aussicht genommen war, zu stande komme. Wenn aber wider Erwarten die Ausgleichsvorlagen in Oesterreich nicht erledigt würden, dann trete im Sinne des Gesetzes für die Regierung die Verpflichtung ein, ihre Vorschläge betreffs einer selbständigen Verfügung zu machen und die Regierung werde dann auch dieser Verpflichtung nachkommen. Einem Mißverständnisse möchte er, der Minister, jedoch vorbeugen: Man möge eine solche selbständige Verfügung nicht als gleichbedeutend mit der Einführung eines selbständigen Zollgebietes erachten, denn diese zwei Dinge seien keineswegs identisch. Die Regierung werde auch im Falle, daß eine selbständige Einrichtung getroffen werden müßte, danach streben, daß der freie Verkehr zwischen Oesterreich und Ungarn, wenn auch in anderer Form, nach Möglichkeit aufrecht erhalten werde. — Der Ausschuß bewilligte darauf den Voranschlag. —

Budapest, 22. September. In parlamentarischen Kreisen wird die Situation als ernst bezeichnet. Weder die Regierung noch die Majorität des Abgeordnetenhauses seien zu irgend welchen Konzessionen an die Linke geneigt. —

Schweiz.

Zürich, 21. September. (Eig. Ber.) Am Montag fand hier im Kasino Hottingen eine sehr stark besuchte Volksversammlung statt, in welcher die Genossen Brandt und Greulich über die „Sozialdemokratie und das Genfer Attentat“ referirten. Beide verurtheilten die Genfer Mordthat auf's schärfste. Brandt legte sodann die Auffassung und den Standpunkt der Sozialdemokratie dar, welche alles von der Entwicklung der Verhältnisse erwartet. Jede gegentheilige Auffassung ist anarchistisch. Er charakterisirte sodann den Thäter nach dem, was über seine Abstammung und seine Erziehung bekannt geworden ist und erklärte: Hinter Luccheni steht die Schuld des Vaters, der Gemeinde, des Staates und der Gesellschaft. Die allgemeine reaktionäre Hetze beleuchtend, führte Brandt aus: Die kapitalistische Gesellschaft erklärt sich bankerott, wenn sie die Freiheit des Wortes abschaffen und zu Zuchthaus und Kaserne ihre Zuflucht nehmen will. Wir aber bauen auf ein Reich der Freiheit und Gerechtigkeit, in dem es weder Anarchie noch Mord und Raub mehr giebt. Greulich geißelte die italienische Lotterwirthschaft und die Frechheit der italienischen Regierungsblätter wie der italienischen Polizeispitzel in der Schweiz. Auch Seidel und Lang betheiligten sich im gleichen Sinne an der Diskussion. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung erblickt in der anarchistischen Propaganda der That und so auch in dem ruchlosen Attentat von Genf die nothwendigen Ergebnisse der anarchistischen Produktionsweise, der kapitalistischen Wirthschaftsordnung, speziell der schändlichen politischen und sozialen Zustände Italiens, sowie des infamen Systems der politischen Polizei und des damit verbundenen Spitzelsystems und erwartet die Ueberwindung derselben nicht von noch mehr Polizei, sondern einzig und allein vom Siege des Sozialismus.“

„Sie erklärt sich im besonderen für die Abschaffung der politischen Polizei in der Schweiz, weil diese, weit entfernt die Attentate zu verhindern, sie vielmehr durch die schändliche Polizeispitzelei hervorruft.“

Frankreich.

Der neueste Streich des Generalstabes gegen Picquart hat die Spannung der Situation in Paris noch außerordentlich vermehrt. Die Absichten, die mit dem Versuch, auch Picquart vor die geheime Militärjustiz zu schleppen, verfolgt werden, hat der Vertheidiger Labori bereits in der gestrigen Verhandlung vor dem Zuchtpolizeigericht, in schärfster Weise klargelegt. Wir geben deshalb aus der Rede Labori's nach dem Bericht der „Voss. Ztg." noch folgende Ausführungen wieder:

„Ich beschwöre den Gerichtshof, keine Vertagung zu bewilligen. Picquart hat ein Recht, abgeurtheilt zu werden. Ich will Ihnen sagen, weshalb die Vertagung von der Anklagebehörde verlangt wird. Diese Behörde steht, daß ihre Untersuchung, durch die sie Machenschaften und ich weiß nicht, was für ein lächerliches Syndikat entdecken wollte, zusammenbricht; sie kann die Verfolgung nicht aufrecht erhalten, sie hat nichts um ihre Anklage zu begründen, da sie es in voller Oeffentlichkeit thun muß. Nun denn! An die Barre! Verhören wir unsere Zeugen! Plaidiren wir! Findet der Gerichtshof, daß er genug weiß, so wird er es sagen; findet er nach meiner Rede, daß von der Anklage garnichts übrig bleibt, so wird er freisprechen. Das Wiederaufnahmeverfahren hat damit nichts gemein. Findet der Gerichtshof nach der Verhandlung dagegen, daß die Sache noch nicht genügend aufgeklärt ist, so wird er dann die Vertagung aussprechen. Aber wenn der Staatsanwalt sie vor der Verhandlung verlangt, so heißt das, daß man noch einmal das Licht ersticken will. Nach allen Lügen und Schurkereien, die Sie mitangesehen haben, ist man endlich gezwungen, uns die vom Gesetze geforderten Maßregeln zuzugestehen. Das ist alles, was wir immer verlangt haben, das kann Ihr Gewissen, meine Herren Richter, wohl beunruhigen. Was das Heer betrifft, so haben wir es nie mit einer Bande von Fälschern und frechen Machern verwechselt, deren es sich nicht zu schämen braucht, weil es groß genug ist, um sich keines Einzelmenschen schämen zu müssen . . ." (Hochrufe und Händeklatschen.) Ich will keine Vertagung, auch nicht auf acht Tage, das sagte ich Ihnen gestern, die Anklagebehörde gab mir scheinbar nach. Inzwischen hatte man eben alles Nöthige gethan, um vom bürgerlichen Gericht zu verlangen, daß es Picquart dem Militärgericht ausliefere, dessen man sicherer ist. Es ist nothwendig, hier öffentlich die Schliche aufzudecken, die mich beunruhigen, die ich der öffentlichen Meinung anzeige. Der Staatsanwalt behauptet, über die Thatsache selbst, um derentwillen die Anklage erhoben ist, seien wir einer Meinung; das ist doch nicht ganz richtig. Oberst Picquart war der Gegenstand niederträchtiger Machenschaften, die ich beweisen werde, wenn wir verhandeln. Die Urheber dieser Schurkereien waren seine Untergebenen, seine Kanggenossen und (Labori zeigt auf General Gonse und Pellieux) seine Vorgesetzten, die ich hier sehe. Ich bin nun bereit, meine Behauptung gegen sie zu beweisen, und nun wollen Sie Picquart einen Vorwurf daraus machen, daß er sich einen Vertheidiger bestellt und ihm eine allgemeine Vertheidigungsvollmacht ertheilt hat? Das hat er gethan, aber nicht das geringste darüber. Pellieux hat vor Gericht behauptet, Leblois habe gestanden, die Esterhazy-Papiere zu kennen, Pellieux müßte aber dann bekennen, daß er zu viel gesagt habe, daß Leblois lediglich erklärt habe, von Picquart erfahren zu haben, daß es im Generalstabe Esterhazy-Papiere gebe; also Schriftstücke hat Picquart nicht mitgetheilt, aber gesprochen hat er von Schriftstücken, und das nennt die Anklage Mittheilung von geheimen Papieren! Ich möchte den Rechtskundigen sehen, der ein Vergehen gegen das Spionagegesetz heraustifteln kann, wenn der bedrohte Picquart zu seinem Rechtsanwalt geht und ihm unter seinem Berufsgeheimniß die Thatsachen mittheilt, die zu seiner Vertheidigung dienen sollen. Wenn ein Henry, der schon damals ein Fälscher war, mit seinem Verbrecherhasse Picquart verfolgt, und Picquart sich seinem Vertheidiger anvertraut, so begeht er keine Spionage. Ich bin darüber ganz ruhig, daß die öffentliche Meinung, die jetzt über den Thatbestand aufgeklärt ist, jenen nicht glauben wird, die seit zwei Monaten das Spionagegesetz gegen ihn anführen. Man hat dies nur gethan, um ihn den schändlichsten und niederträchtigsten Verleumdungen auszusetzen, um der gewissen Presse zu ermöglichen, zwei Monate lang zu drucken, Picquart sei als Spion und Verräther im Kerker. Alle Welt weiß jetzt, daß man Picquart nur verhaftet hat, um ihm den Mund zu sperren, um ihn zu verhindern, den von Cavaignac triumphirend verlesenen Brief für eine Fälschung zu erklären. Ich habe zu Ihnen das Vertrauen, daß Sie die Gerechtigkeit üben werden, ohne die die Republik nicht weiterbestehen könnte!" Und Picquart erklärte, mit vor Bewegung halberstickter Stimme zur Zuhörerschaft gewendet: Auch ich verlange sofort abgeurtheilt zu werden, ich füge hinzu: „Dies ist vielleicht auf lange Zeit hinaus das letzte Mal, daß ich in vollem Tageslicht öffentlich sprechen kann. Es wird mir ein Leichtes sein, mich wegen der Rohrpostkarte zu rechtfertigen. Heute Abend werde ich vielleicht schon im Cherchemidi-Gefängniß schlafen, ich sage schon jetzt: Sollte man in meiner Haftzelle die Strippe von Lemercier-Picard oder das Rasirmesser Henry's finden, so wissen Sie, daß ein Meuchelmord begangen sein wird, ich habe durchaus nicht die Absicht, mich durch Selbstmord dem Dienste der Wahrheit zu entziehen. . . ." (Ungeheure Bewegung, anhaltendes Händeklatschen.)

Die Generalstabspresse jubelt über den neuesten Streich. Die revisionsfreundliche Presse erhebt schärfsten Protest.

„Matin" versichert, der Hergang sei dieser: Zurlinden habe während seiner kurzen Ministerschaft vom Generalstab die Anklage gegen Picquart vorbereiten lassen; unmittelbar vor seinem Rücktritt habe er die Anklagepapiere dem Pariser Militärgouverneur amtlich übermittelt. Zum Militärgouverneur wiederernannt, habe er seine Papiere vorgefunden und den Befehl zu Picquart's Verhaftung gegeben; die Verfolgung sei also das ausschließliche und persönliche Werk Zurlinden's.

„Radikal" schreibt: „General Zurlinden hat einen militärischen Staatsstreich ausgeführt. Der Generalstab befiehlt den bürgerlichen Gerichten, ihm Picquart auszuliefern, um ihn in aller Bequemlichkeit mittels einer geheimen Untersuchung in geheimer Verhandlung sittlich ermorden zu können; Herr Brisson, werden Sie das dulden, werden Sie der Helfershelfer bei diesem Verbrechen sein, werden Sie vor frechen Prätorianern niederknieen?" Jaurès sagt in der „Petite République": „Die Anklage gegen Picquart ist eine Ungeheuerlichkeit des an die Wand gedrückten Generalstabes. Dieser hat viele Verbrechen begangen, das letzte ist aber das größte, aber es wird auch das nutzloseste und am härtesten gezüchtigte sein, denn das Volk wird sich sagen, wenn der Generalstab dermaßen die Wiederaufnahme fürchtet und zu so schurkischen Machenschaften greift, um sie zu verhindern, muß er unsagbar große Verbrechen auf dem Gewissen haben."

Ueber die Berathungen der Revisions-Kommission ist noch nichts Sicheres bekannt. „Matin" versichert, das heute der Revisions-Kommission zugestellte Dreyfus-Dossier enthalte kein einziges Schriftstück, worin der Name Dreyfus genannt werde. Nur das Bordereau werde Dreyfus zugeschrieben. Die übrigen Schriftstücke, meist Visitenkarten und Zettel, seien werthlos, da ihre Authentizität äußerst verdächtig erscheine. Besonders auffallend sei, daß das Dossier kein einziges Schriftstück mit dem Namen eines Staatsoberhauptes oder eines Botschafters enthalte. Der Generalstab habe diese Schriftstücke dem Dossier aus Scham entzogen, da er nicht mehr den Muth habe, diese Fälschungen als authentische Dokumente auszuspielen. —

Spanien.

Madrid, 21. September. Die Königin-Regentin unterzeichnete ein Dekret, in welchem die Galeerensträflinge, welche im letzten Kriege als Freiwillige mitgefochten haben, begnadigt werden, sowie die Dekrete, betreffend die Suspendirung des Admirals Montojo und des Direktors des Arsenals von Cavite, Sostocu.

Santander, 22. September. Die „City of Rome" hatte 882 Offiziere, 1852 Marinesoldaten und 200 Kranke an Bord. Admiral Cervera dankte den Behörden, welche zu seinem Empfange erschienen waren, und brachte ihnen gegenüber die Bitterkeit der Lage der Marinesoldaten zum Ausdruck, welche ihre Pflicht erfüllten, aber mit Schmerz sehen, welche Meinung man von ihnen habe. — In Bejar beschimpfte die Volksmenge den dort durchreisenden General Toral; derselbe mußte sich verbergen, um Thätlichkeiten zu entgehen.

Aus San Juan de Portorico melden die „Times", dort schifften sich wieder 500 Mann spanischer Truppen ein; der Rest wird nachfolgen, sobald wieder Transportschiffe zur Verfügung stehen. —

Türkei.

Konstantinopel, 21. September. Bisher sind 76 der an den Ausschreitungen in Kandia betheiligt gewesenen Personen den Engländern ausgeliefert worden. Die Pforte hat ihre Botschafter beauftragt, die Mächte um ihre Intervention bei England zu ersuchen, damit die ausgelieferten Urheber der letzten Unruhen in Kandia nach Tripolis verbannt werden und damit ferner die Entwaffnung sich auch auf die Christen erstrecke. Inzwischen schreitet die Entwaffnung der Muselmanen in Kandia ohne Zwischenfall fort.

Nach den von englischer Seite gepflogenen Erhebungen beträgt die Zahl der überlebenden Christen in Kandia 452, während die frühere Einwohnerzahl auf 1000 geschätzt wurde. —

Asien.

Ueber die Verhältnisse am Pekinger Hofe werden die widersprechendsten Gerüchte laut, je nachdem sie aus russischen oder englischen Quellen herrühren. Einestheils wurde von einer Reform-Aera gesprochen, die der Kaiser aus eigener Initiative eingeleitet habe. Jetzt berichten aber wieder die „Times" aus Peking, daß Kangyumei, auf dessen Einfluß die jüngsten kaiserlichen Dekrete hauptsächlich zurückzuführen waren, jetzt den Befehl erhalten habe, Peking zu verlassen. Die Kaiserin-Mutter habe die Zügel der Regierung wieder übernommen und werde alle Edikte vor ihrer Veröffentlichung prüfen. Dies wäre gleichbedeutend mit der Wiederherstellung der Regentschaft und dürfte die Wiedereinsetzung Li-Hung-Tschang's bald zur Folge haben. —

Amerika.

Aus Santiago de Chile melden die „Times", daß bis zum verflossenen Dienstag der argentinische Gesandte sich geweigert habe, auf den chilenischen Vorschlag, die ganze Grenzfrage rückhaltlos dem englischen Schiedsspruch zu unterwerfen, einzugehen. Die Lage sei unhaltbar geworden. Die Meldungen, welche die Streitfrage als geregelt bezeichnen, würden für gänzlich unbegründet angesehen. —

Partei-Nachrichten.

Vom Parteivorstand. An die Redaktion der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung" in Dortmund ist gestern folgende Zuschrift abgegangen:

„In der heutigen Sitzung des Parteivorstandes nahm derselbe auch Stellung zu den Auslassungen der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung" über die Anwendung der Prügelstrafe für anarchistische Attentäter.

Der Vorstand kam dabei einstimmig zu dem Ergebniß, daß die bezüglichen Auslassungen der „Rh. Westf. Arb.-Ztg." im schroffsten Widerspruch zu den bisher in der Partei hoch gehaltenen Grundsätzen stehen und deshalb auf das Entschiedenste zurückzuweisen sind. Die Partei hat von jeher den Standpunkt eingenommen, daß Prügel verrohen, den, der sie bekömmt, und den, der sie austheilt. Von diesem Grundsatze abzugehen, dazu kann uns auch der tiefste Abscheu vor den anarchistischen Mordthaten nicht bestimmen.

Gestützt auf den § 15 unseres Organisationsstatuts, welcher die Parteileitung mit der Kontrolle der prinzipiellen Haltung der Partei-Organe betraut, geben wir hiermit der Redaktion von dem vorstehenden Beschlusse mit dem Ersuchen Kenntniß, den Lesern des Blattes davon Mittheilung zu machen. Mit sozialdemokratischem Gruße

Der Parteivorstand.

Stuttgarter Parteitag.

Da gleichzeitig mit unserem Parteitag noch drei andere Kongresse resp. Konferenzen in Stuttgart abgehalten werden, ist es nothwendig, für unsere Delegirten rechtzeitig Quartier zu belegen. Bis jetzt sind die Anmeldungen recht spärlich eingegangen. Wer darauf reflektirt, daß ihm vom Wohnungsausschuß ein Quartier gesichert wird, ist hiermit gebeten, umgehend seine Bestellung (ob Privat- oder Gasthaus-Quartier und zu welchem Preis) an die Adresse des Genossen

J. Belli, Furthbachstraße 12, Stuttgart,

zu richten. Ohne vorherige Bestellung wird kein Quartier vorgesehen.

Der Wohnungsausschuß für den Parteitag in Stuttgart.

Die Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

In Danzig beschlossen die Parteigenossen zum ersten Male die Betheiligung an den Stadtverordneten-Wahlen. Dieselben werden in diesem Herbste vorgenommen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" hatten in ihrem Sensationsbedürfniß die, wie sie selbst bemerkten, nicht auf ihre Richtigkeit kontrollirte Nachricht veröffentlicht, unser Parteigenosse v. Vollmar sei plötzlich gestorben. Wie Vollmar der „Münchener Post" auf deren Anfrage telegraphisch mittheilte, lebt er aber vergnügt wie ein Fisch im Wasser.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— In Berlinchen wurden vom Schöffengericht zwei Parteigenossen zu zusammen 30 M. Geldstrafe verurtheilt, weil sie während der Reichstagswahl an einem Sonntag zur Zeit des Gottesdienstes Flugblätter und Stimmzettel vertheilt haben.

— Der Parteigenosse H. Kanke in Hamburg wurde vom Schöffengericht zu einem Tage Gefängniß verurtheilt, weil er am Tage der Reichstagswahl an eine Bauplanke ein Plakat mit einer Aufforderung zur Wahl Bebel's angeklebt hatte. Der Besitzer der Planke hatte seine Zustimmung zu dem Ankleben gegeben. Nach einem hamburgischen Preßgesetz aus dem Jahre 1849 ist das öffentliche Anheften von Zetteln und Plakaten mit Ausnahme von solchen, die Anzeigen über Vergnügungen, Verkäufe und ähnliche Nachrichten enthalten — verboten, falls nicht vorher polizeiliche Erlaubniß eingeholt ist. Die geringste Strafe für Uebertretungsfälle ist ein Tag Gefängniß, die höchste Strafe 4 Wochen. Nun fällt es seit Jahren niemandem ein, zum Ankleben von Plakaten bei Wahlen polizeiliche Erlaubniß einzuholen, und ohne diese Erlaubniß sind und werden bei Wahlen Tausende und Abertausende von Plakaten von allen Parteien angeheftet, bei der letzten Reichstagswahl hatte es aber die Polizei plötzlich auf die sozialdemokratischen Zettelankleber abgesehen. Eine ganze Reihe von ihnen wurde sistirt. Alle werden nun mindestens zu einem Tage Gefängniß verurtheilt werden. In dem Falle des Parteigenossen Kanke bedauerte das Gericht selbst, eine so harte Strafe aussprechen zu müssen, und erklärte, die Akten dem Senat zusenden zu wollen, damit dieser eventuell die Strafe gänzlich erlasse oder doch in eine Geldstrafe umwandele.

— Wegen formaler Beleidigung des Bürgermeister Knobloch von Sangerhausen wurde der verantwortliche Redakteur der „Tribüne" in Erfurt, Genosse Rudolph, vom Landgericht zu 100 Mark Geldstrafe und zu den üblichen Nebenstrafen verurtheilt. Der Bürgermeister hatte in der Versammlung des Kreis-Kriegerbundes zu Bennungen am 17. Juli aus der großen Anzahl abgegebener sozialdemokratischer Stimmen geschlossen, daß auch eine Anzahl Kriegervereins-Mitglieder sozialdemokratisch gewählt hätten; er nannte diese Mitglieder Heuchler, Lügner und Betrüger und beschuldigte die sozialdemokratische Presse, sie habe ihre Anhänger aufgefordert, in die Kriegervereine einzutreten, und somit zur Heuchelei angestiftet. Die „Tribüne" brachte darauf eine scharfe Erwiderung, durch die sich der Bürgermeister beleidigt fühlte. Trotzdem er als Zeuge zugab, die „Tribüne" gemeint zu haben, versagte das Gericht dem Angeklagten doch den Schutz des § 193.

Kampf um das Koalitionsrecht!

Die Aufhetzung der Arbeiter zum Klassenkampf

ist der erste der heute in der „Post" gegen den „Vorwärts" veröffentlichten Artikel überschrieben. In demselben beschäftigt sich das Scharfmacher-Organ mit der von uns nach besten Kräften geförderten Protestbewegung gegen die Bestrebungen, das Koalitionsrecht völlig zu vernichten.

Aus jeder Zeile des Artikels merkt man die Wuth und den Aerger, daß der Sozialdemokratie ein Stoff zur Agitation geliefert wurde, die in den weitesten Kreisen des Bürgerthums als vollkommen berechtigt, ja als aufgedrungene Nothwehr angesehen wird. Wenn die „Post" ihre Mißstimmung hierüber in der Form eines wuthschnaubenden Artikels gegen uns kleidet, so begreifen wir das wohl. Bei den Rücksichten, die das Scharfmacherblatt zu nehmen hat, kann es ja gar nicht anders. —

Das schwarze Listen-System

soll ausgebaut werden. Bekanntlich haben eine Reihe von Verbänden der Metallindustriellen Deutschlands in Verbindung mit ihrem Arbeitsnachweise das System der schwarzen Listen nicht nur bei sich, sondern auch im Austausch mit Verbänden anderer Städte derselben Branche eingeführt. Verbände der Metallindustriellen bestehen zur Zeit in Anhalt, Berlin, Braunschweig, Cassel, Chemnitz, Dresden, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Leipzig, Magdeburg und Nürnberg. Das Wirkungsgebiet dieser einzelnen Verbände war in der Hauptsache wenigstens bisher nur ein örtliches. Es beschränkte sich auf die betreffenden Städte und deren nächste Umgebung. Auch nicht überall sind Arbeitsnachweise und schwarze Listen eingeführt gewesen. So ist z. B. in Hannover die Errichtung eines Arbeitsnachweises bis heute noch nicht erfolgt. Auch die Organisation der einzelnen Verbände weicht noch wesentlich von einander ab. So besteht z. B. die Besonderheit des Braunschweiger Verbandes darin, daß dieser sich mit der Organisation der Arbeiter zu gemeinsamer Unterhaltung der Arbeitsnachweisstelle vereinigt hat.

Wie wir nun aus guter Quelle erfahren, liegt es in der Absicht des Verbandes der deutschen Metallindustriellen, die Art der Arbeitsvermittlung, wie sie vom Berliner Verbande geübt wird, zu verallgemeinern und auf andere Städte zu übertragen. Wo noch keine Arbeitsnachweise bestehen, sollen in nächster Zeit solche eingeführt werden. Dadurch wird dann zunächst für die Metallindustrie die Möglichkeit geschaffen, daß die Unternehmer „fleißigen und tüchtigen Arbeitern vor weniger wünschenswerthen oder untauglichen Elementen den Vorzug geben könnten". Die Frucht der Leipziger Unternehmer-Konferenz keimt also rasch zu praktischem Vorgehen. Die weniger wünschenswerthen und untauglichen Elemente, die nach Ansicht der Unternehmer durch die gewerkschaftlich und politisch thätigen Arbeiter repräsentirt werden, sollen durch ganz Deutschland verfehmt und geächtet werden. Wird nun für die Unternehmer, die auf solche systematische Weise hunderte von Arbeitern brotlos zu machen sich anschicken, auch das Zuchthaus winken, weil sie Leute, die arbeiten wollen, durch die schwarzen Listen in jedem Etablissement unmöglich machen und so arbeitswillige Personen an der Arbeit hindern?

Hirsch-Duncker'sche gegen das Zuchthausgesetz.

In einer von Arbeitern aus den Gewerkvereinen veranstalteten Protest-Versammlung in Oberbilk bei Düsseldorf wurde folgende Resolution gegen das drohende Zuchthausgesetz angenommen:

„Die Versammlung erklärt einstimmig, daß dieser Gesetzentwurf der Regierung das Vertrauen aller deutschen Arbeiter, ohne Unterschied der religiösen, politischen oder sozialen Ueberzeugung, auf die Thätigkeit der Regierung, soweit ein solches Vertrauen überhaupt noch vorhanden war, mit einem Schlage vernichten wird. Sie erklärt ferner, daß ein solcher Gesetzentwurf für den Frieden und die ruhige Entwickelung der Dinge in unserem Vaterlande unheilvoll seien, daß er lediglich die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen ins ungeheure vermehren wird. Indem die Versammlung die Regierung von dem beabsichtigten Schritte im Hinblick auf seine verderblichen Folgen eindringlich warnt, erklärt sie, daß schon das bestehende Koalitionsrecht den berechtigten Forderungen der Arbeiter in keiner Weise genügt. Der § 153 der Gewerbe-Ordnung stellt schon jetzt ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter dar, indem er die Arbeiter von der allen andern Bürgern zustehenden Wohlthat des § 193 des Strafgesetzbuches (Wahrung berechtigter Interessen) ausschließt. Die Versammlung erhebt daher die Forderung, diese allgemeine Rechtswohlthat auch für die Arbeiter in kraft zu setzen, und sie auf den § 153 der Gewerbe-Ordnung auszudehnen. Sie protestirt aber mit aller Entschiedenheit gegen jede Verschlechterung oder Verkümmerung des bis jetzt bestehenden Koalitionsrechtes, das von einer wirklichen Koalitionsfreiheit noch weit entfernt ist. Sie erhebt diesen Protest besonders deswegen, weil sich ein Bedürfniß zu einer Einschränkung des Koalitionsrechtes auch nicht im geringsten Maße herausgestellt hat, weil im Gegentheil die Strafen, die unter dem heutigen Gesetz wegen wirklichen oder angeblichen Mißbrauchs des Koalitionsrechtes verhängt worden sind, durch ihre Härte das Rechtsbewußtsein des Volkes verletzt haben, besonders, wenn sie gegen die auffallend geringen Strafen abgewogen werden, die gegen Unternehmer, die sich gegen das Gewerbegesetz oder gegen das Strafgesetz, selbst durch fahrlässige Tödtung, vergangen haben, verhängt zu werden pflegen." —

Preußische Landtagswahlen.

Die Parteikonferenz für den Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben

lehnte einstimmig die Betheiligung an der Landtagswahl ab, weil jede Möglichkeit ausgeschlossen sei, dem reaktionären Mischmasch die Landtags-Mandate streitig zu machen, nachdem die Freisinnigen infolge ihrer numerischen Bedeutungslosigkeit von der Wahl Abstand genommen hatten.

In Celle in Hannover und in Danzig

beschlossen die Parteigenossen, die Entscheidung über die Frage der Betheiligung bis nach dem Stuttgarter Parteitage zu verschieben. In der Versammlung in Danzig stimmten alle Redner darin überein, daß die Aufstellung eigner Wahlmänner selbst im Stadtkreis Danzig undurchführbar sei und daß der Besitzstand der Freisinnigen Vereinigung zweifellos gesichert erscheine. —

In der Stadt Itzehoe

beschlossen die Parteigenossen nach einem Referat Molkenbuhr's, sich an der Landtagswahl zu betheiligen. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

23. Sitzung vom Donnerstag, den 22. September, nachmittags 5 Uhr.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen u. a. fünf Anträge aus der Mitte der Versammlung, an der Spitze der Antrag Goldschmidt, den Beginn der Wahlmänner-Wahlen diesmal auf 5 Uhr nachmittags anzusetzen. In der vorigen Sitzung glückte es den Widersachern dieses Antrags, 15 Mitglieder zusammen zu bringen, um die Dringlichkeit für die Verhandlung abzulehnen. Inzwischen hat der Magistrat bereits einen Beschluß im Sinne des Antrags gefaßt. Ferner liegt der Antrag Rosenow vor, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, weshalb die am 29. Dezember v. J. von der Versammlung beschlossene Instandsetzung des Friedhofs der März-

gefallenen noch nicht zur Ausführung gelangt ist. Der Antrag entfällt für heute, da Stadtv. Rosenow verhindert ist, der heutigen Sitzung beizuwohnen.

In den Ausschuß für die Vorlage betr. die elektrische Beleuchtung der Siegesallee ist auch Stadtv. Dupont delegirt.

Der Antrag Goldschmidt ist thatsächlich bereits erledigt; der Antragsteller beschränkt sich unter diesen Umständen auf die Bemerkung, daß die Entschließung des Magistrats den Herren, die in der vorigen Sitzung die Erörterung verhinderten, hoffentlich bewiesen habe, daß die Sache doch sehr dringlich war.

Der verstorbene Stadtv. Professor Fr. A. Leo hat seine mit etwa 2 Millionen Mark bewerthete Hinterlassenschaft der Stadtgemeinde Berlin zum Zwecke der Ausbreitung und Ausgestaltung von Volksbibliotheken vermacht.

Den Stadtvv. Gerstenberg und Marggraff, welche Ausschußberathung befürworten, tritt Stadtv. Spinola entgegen, der eine solche für durchaus überflüssig und die Annahme für völlig unbedenklich hält. Auch

Stadtv. Singer erklärt sich gegen Ausschußberathung, die für die Annahme oder Ablehnung eines Vermächtnisses überhaupt nicht des richtige sei. Am Testament könne kein Ausschuß etwas ändern. Es frage sich nur, ob die im Testament der zukünftigen Leo-Stiftung auferlegten Lasten das Zinserträgniß des Legats übersteigen. Diese Frage läßt sich ja auch ohne Ausschuß bejahen; das Erträgniß reicht zweifellos hin, um die 24 000 M. ausgesetzter Renten zu tragen. Wenn auch vielleicht 20 oder 25 Jahre vergehen werden, bis die Stiftung voll ins Leben tritt, so hindert das nicht, die Annahme schon jetzt auszusprechen.

Nachdem noch Stadtv. Ullstein darauf hingewiesen, daß es unter Umständen Schwierigkeiten machen könne, das Leo-Grundstück nach den Testamentsbedingungen für 2 Millionen zu versilbern, wird Ausschußberathung beschlossen.

Stadtv. Friederici hat den Antrag gestellt, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, weshalb mit der Ausführung der durch den Etat bewilligten Bauten, namentlich der dringend nothwendigen Schulbauten, noch nicht begonnen ist.

Der Antragsteller bemängelt, daß die Vorarbeiten zu den städtischen Bauten jetzt mehr Zeit und Geld zu erfordern scheinen als früher, und behauptet, daß die daraus entstehenden Uebelstände anfangen, unerträglich zu werden. Die gefaßten Beschlüsse müßten doch ausgeführt werden; statt dessen schleppe man riesige Summen für Bauten jahrelang durch den Etat. Am schlimmsten stehe es mit den Schulbauten, man behelfe sich mit Miethshäusern, die viel weniger zweckmäßig und viel theuerer seien, auch den Mißstand der fliegenden Klassen steigerten. Das Tempo der Bau-Ausführungen müsse beschleunigt werden.

Stadtbaurath Hoffmann kann die Fassung des Antrages nicht als ganz richtig anerkennen, denn thatsächlich sei mit einigen neuen Bauten, darunter 2 Schulbauten, begonnen worden. Bei seinem Amtsantritt vor 18 Monaten habe er keinen Raum für die architektonische Bearbeitung der städtischen Bauten bereit gefunden, den habe er erst schaffen müssen. Er zählt dann eine lange Reihe von Bauprojekten auf, die er seitdem in der Bauverwaltung habe bearbeiten lassen; diese Entwürfe repräsentirten Bauten im Werthe von etwa 44½ Millionen; alle seien soweit gefördert, daß mit der Ausführung der noch nicht begonnenen Bauten (im Werthe von 31 Millionen) spätestens im Frühjahr begonnen werden wird. Er fährt dann fort: Sie mußten von mir erwarten, daß mit meinem Amtsantritt eine Aenderung in der architektonischen Bearbeitung aller städtischen Bauten eintreten würde, und es war natürlich, daß ich die ersten Projekte unter meiner persönlichen Leitung bearbeiten ließ. In früheren kunstverständigeren Zeiten gönnte man sich für solche Dinge zwei- bis dreimal so lange Zeit. Der Stadt-Baurath weist schließlich auf Leipzig hin, wo man noch außer dem städtischen Bauverwaltungspersonal Privatarchitekten zuziehe. Künstlerische Leistungen könnten nicht aus der Pistole geschossen werden.

Stadtv. Dinse hat bisher mit Freuden die Partei des Stadtbauraths genommen und ihn gegen Angriffe gedeckt; jetzt aber müsse auch er gegen ihn Stellung nehmen. Allerdings sei die heutige Zeit weniger kunstverständig als die frühere. Es werde zu viel Zeit auf die künstlerische Ausarbeitung der Projekte verwandt; auf diese Weise werde das Schöne des Guten Feind. Nicht in den Mappen wolle man die schönen Projekte bewundern, sondern in der Bauausführung raschere Fortschritte sehen. Es hätten nicht so viel Projekte auf einmal, sondern besser wenige in Angriff genommen, diese aber auch in der Ausführung gefördert werden sollen. Ob man später auf Privatarchitekten werde zurückkommen müssen, sei eine Sache für sich. Es fehle an der richtigen Eintheilung der Arbeit.

Stadtv. Wallach ist derselben Meinung und verweist noch besonders auf die Zinsverluste, die durch die Verzögerung der Bauten entstehen.

Stadtv. Singer: Die Empfindlichkeit, die aus den Ausführungen des Stadtbauraths spricht, ist aus seiner genialen künstlerischen Veranlagung heraus begreiflich, aber nicht berechtigt. In dem Antrag liegt kein Vorwurf für ihn, sondern der Antrag ist das Ergebniß einer pflichtmäßigen Erwägung darüber, daß es vom Uebel ist, daß dringend nothwendige Bauten so lange auf ihre Ausführung warten lassen. Diese Auffassung beeinträchtigt nicht im geringsten die allseitig durch seine Wahl anerkannte Hochschätzung seiner künstlerischen Begabung. Die Aufstellung der Projekte nimmt doch wohl in der Thätigkeit der Bauverwaltung einen etwas sehr großen Raum ein; ihr Zweck ist doch nicht das Projektiren, sondern die Bauherstellung. Es ist ein Mangel in der Verwaltung, daß so außerordentlich viel mit vorbereitenden Arbeiten operirt wird. Gewiß konnten beim Amtsantritt Verhältnisse vorliegen, die vielleicht ausnahmsweise zu einem größeren Zeitaufwand berechtigten. Niemand kann froher sein als ich, daß wir, wie es den Anschein hat, aus dem öden Kasernenstil der städtischen Bauten herauskommen, aber schließlich darf doch darunter die Herstellung der Bauten nicht leiden. In anderer Hinsicht ist aber die Verwaltung von einem Vorwurf thatsächlich nicht freizusprechen. Würden nur diejenigen Bauten in den Etat eingestellt, wo fertige Projekte und Kostenanschläge vorliegen, dann würden die Bauten früher fertig und die Verwaltung würde sich nicht gar zu viel mit Projekten abgeben. Aber an diesem Uebelstand kranken wir seit langem, daß wir in den Etat große Summen für Bauten einsetzen, für die sich der Magistrat „im Prinzip" die Bewilligung ertheilen läßt, Summen, die dann im Laufe des Etatsjahres nicht zur Verwendung kommen eben des Fehlens der Projekte wegen. Machen wir von unserm Geldbewilligungsrecht in diesem Punkte für die Zukunft strikteren Gebrauch, so wird ein gut Theil dieser Klagen gegenstandslos werden. Auch ich habe an den Baurath die dringende Bitte, wenigstens die Schulbauten mit größerer Eile fertig stellen zu lassen; hier können finanzielle Bedenken gar nicht in betracht kommen, umsomehr aber stehen die hygienischen im Vordergrund. Die allbekannten Mißstände, welche sich aus der Unterbringung von Schulen in Miethshäusern, aus der Einrichtung der fliegenden Klassen ergeben, müssen uns dringend wünschen lassen, daß man mit dem Bau rüstig voranschreitet. Leben und Gesundheit der Schuljugend, die in der Großstadt Jahr für Jahr an Zahl zunimmt, hat mindestens denselben Werth wie die künstlerische Ausstattung der Schulbauten.

Damit schließt die Besprechung. Im Schlußwort fragt der Antragsteller den Stadtbaurath, ob noch einige Schulbauten in diesem Jahre werden begonnen werden. Eine Antwort hierauf erfolgt nicht. Der Antrag wird für erledigt erklärt, da der Stadtbaurath erschöpfende Antwort gegeben, wenn auch manche, und zu diesen zählt nach seiner eigenen Aeußerung auch der Vorsteher, gern noch mehr gehört hätten.

Die Stadtvv. Borgmann und Genossen stellen den Antrag:

> den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, warum der Beschluß der Versammlung vom 16. Dezember v. J. betreffend die Krankenversicherung der städtischen Arbeiter noch nicht zur Ausführung gelangt ist.

Stadtv. Dupont führt namens der Antragsteller aus, daß es sich bei dem Antrage zwar nicht um städtische Bauten, aber um ein mindestens ebenso wichtiges Material, um das in städtischen Diensten stehende Menschenmaterial an Beamten und Arbeitern handle. Die Angelegenheit ist Ende 1895 von uns durch einen Antrag Stadthagen in Fluß gebracht. Am 4. November 1897 berieth die Versammlung eine vom Magistrat aufgestellte Uebersicht über die der Kranken- und Unfallversicherung unterliegenden städtischen Beamten und Arbeiter. Damals wurde vom Stadtverordneten Ullstein konstatirt, daß 300 Arbeiter, obwohl anmeldungspflichtig, nicht zu den Krankenkassen angemeldet waren; ferner ergab sich, daß 2350 städtische Arbeiter keiner Krankenkasse angehörten. Der eingesetzte Ausschuß sprach sich dafür aus, daß unbedingt sämmtliche städtischen Arbeiter versicherungspflichtig seien, und die Stadt für ihre Einfügung in die Versicherung Sorge zu tragen habe. In derselben Sitzung wurde ein entsprechendes von der Gewerbedeputation entworfenes Ortsstatut angenommen und ist am 1. April in kraft getreten. Seitdem wissen wir nach ¾ Jahren immer noch nicht, ob die Versicherung dieser 2350 Arbeiter stattgefunden hat oder nicht. Wenn nicht, so besteht für jeden derselben eine große Benachtheiligung fort, denn auch die nicht versicherten Arbeiter sind denselben Gefahren wie die anderen ausgesetzt. Die Arbeiter in den städtischen Betrieben haben dieselbe Fürsorge wie die Beamten zu fordern. An dem Maß der Fürsorge für diejenigen, die wir als die Enterbten betrachten (Unruhe), erkennen wir den sozialpolitischen Standpunkt des Magistrats; wenn das Maß dieser Fürsorge nicht so beachtet wird, wie es nothwendig ist, dann haben wir ein Recht, zu verlangen, daß es geschieht. Nehmen Sie unseren Antrag womöglich einstimmig an!

Bürgermeister Kirschner: Die damals angenommenen Anträge sind im Magistrat berathen worden, er hat dafür eine Kommission eingesetzt und angeordnet, das statistische Material noch näher dahin zu ergänzen, welche Klassen von Arbeitern unter die Versicherung eventuell fallen, wie hoch die Leistungen schon jetzt sind und bis wieweit sie sich eventuell ausdehnen würden. Dieses Material ist noch nicht vollständig vorhanden. Der Ausschuß wird seine Arbeiten demnächst wieder aufnehmen, ich habe selbst den Vorsitz und werde mich um die Förderung der Sache bemühen; in einigen Monaten wird Ihnen hoffentlich eine Vorlage zugehen.

Stadtv. Singer: Bei diesen Ausführungen werden wir uns ja für jetzt beruhigen müssen. Ich kann nur der Magistrats-Kommission lebhaftere Förderung ihrer Arbeiten wünschen und hoffe, daß uns das Resultat nicht so lange vorenthalten wird, wie der Zusammentritt der Kommission. Dieser dürfte wohl wesentlich auf unseren Antrag zurückzuführen seien. Daß die Kommission fast ¾ Jahre lang keine Veranlassung hatte, in der Sache thätig zu sein, darüber kann ich mein Bedauern nicht unterdrücken. Ich erwarte, daß alles geschehen wird, um das Ortsstatut auch im Magistrat zur Annahme zu bringen.

Auf die Abstimmung wird seitens der Antragsteller verzichtet.

Ein Antrag Rast und Genossen geht dahin, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, ob er geeignete Maßnahmen zu treffen gedenkt, um den bei starken Regengüssen durch Ueberschwemmungen der Straßen und Keller auftretenden Mißständen Abhilfe zu schaffen.

Nach kurzer Befürwortung durch den Antragsteller gelangt der Antrag zur Annahme.

Schluß nach 7 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sämmtlicher Berufe von Friedenau und Steglitz werden auf die am Sonntag, den 25. d. M., nachmittags 3 Uhr, bei Schellhase, Steglitz, Ahornstraße 15a, stattfindende wichtige Gewerkschafts-Versammlung aufmerksam gemacht. Die Gewerkschafts-Kommission.

Achtung, Holzarbeiter! Der Streik bei Zelder u. Plathen in zu gunsten der Kollegen beigelegt.

Die Vergolder haben in einer gestern (Donnerstag) Abend abgehaltenen öffentlichen Versammlung, nach eingehender Besprechung über die gestellten Lohnforderungen der Versilberer, beschlossen: „Da bis heute (Donnerstag) noch kein bestimmtes Resultat über eine bewilligte oder verweigerte Lohnerhöhung vorliegt, den Fabrikanten noch eine Frist bis Sonnabend, 24. cr., zu gewähren und das weitere der nächsten (wahrscheinlich Montag) stattfindenden Versammlung zu überlassen.

Achtung, Bäckerei-Arbeiter! Die Bäcker von Kopenhagen haben ihren Arbeitgebern einen neuen Lohntarif eingereicht (achtstündige Arbeitszeit und Minimallohn pro Woche 30 Kronen), welcher am 1. Oktober in kraft treten soll. Gegenwärtig schweben in dieser Sache Unterhandlungen zwischen den Meistern und Gesellen. Der Zuzug von Bäckern nach Kopenhagen ist deshalb fernzuhalten. Der Vorstand des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands.

Deutsches Reich.

Zuzug von Klempnern, Installateuren, Schlossern, Schmieden, Drehern ist von Kassel strengstens fern zu halten!

Die angedrohte Aussperrung sämmtlicher Maurer in Deutschland, die nach einem Beschluß der Bauunternehmer auf dem diesjährigen Innungstage in Breslau erfolgen soll, um die Organisation der Maurer zu sprengen, hat unter den Arbeitern lebhafte Entrüstung hervorgerufen. Schon jetzt wird an allen Orten eifrig gerüstet, damit die Organisation der Arbeiter diesen brutalen Unternehmerstreich mit kräftigen Mitteln pariren kann. Dem Beispiel der Berliner Maurer, die sofort eine höhere Beitragsleistung für den Streikfonds festsetzten, sind die Bauhandwerker in Breslau und Leipzig gefolgt. Die Versammlungen waren überaus stark besucht. Das Fachorgan der Maurer, der „Grundstein", fordert in seiner letzten Nummer gleichfalls auf, die Pläne der Unternehmer und der Regierung dadurch zu schanden zu machen, daß jeder Berufsgenosse Mitglieder für den Verband wirbt und Gelder für den Streikfonds sammelt. Dem Beispiel der größeren Orte werden gewiß die Bauhandwerker in kleineren Städten folgen, und so dürfte den Bauprotzen die Durchführung ihrer schmutzigen Pläne sehr erschwert werden.

Der Boykott über die beiden Mannheimer Brauereien führte in einer Parteiversammlung, die am 20. September in Mannheim tagte, zu längeren Debatten über die Weiterführung des Kampfes. Bekanntlich waren Meinungsverschiedenheiten über die schon beschlossene Aufhebung des Boykotts in der Arbeiterschaft aufgetreten. In der Parteiversammlung machte sich eine starke Stimmung gegen die Fortsetzung des Boykotts geltend. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Boykott in der Arbeiterschaft keine genügende Unterstützung gefunden hätte, und daran seien die Forderungen der Brauer selbst sowie deren Verhalten während des Streiks schuld. Schließlich gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige Parteiversammlung bedauert, daß eine öffentliche Arbeiterversammlung, verleitet durch unrichtige Darstellung der Verhältnisse, durch Verschweigung des famosen Arbeitsnachweis-Entwurfes, sich herbeigelassen hat, den Boykott zu verhängen. Sie erkennt an, daß der Boykott seine beabsichtigte Wirkung nicht gehabt hat, und wünscht die Beilegung desselben unter annehmbaren Bedingungen. Als annehmbare Bedingungen betrachtet die Versammlung unter den obwaltenden Umständen die Einstellung der verheiratheten streikenden Brauer."

Ausland.

Die Forderungen der Basler Buchdrucker an ihre Prinzipale sind: 1. Allgemeine Einführung der 9-stündigen Arbeitszeit; 2. Erhöhung des Lohnminimums von 32 auf 35 Franks pro Woche; 3. Abschaffung der Akkordarbeit eventuell Erhöhung der Satzpreise um 7 pCt.; 4. Freigabe des 1. Mai.

Der Züricher Arbeiter-Konsumverein „Helvetia" hat für seine Arbeiter und Angestellten die 9-stündige Arbeitszeit und 2½-stündige Mittagspause eingeführt, er erhöhte vor einiger Zeit die Löhne und giebt den meisten seiner weiblichen Angestellten den Sonnabend-Nachmittag frei.

Der Streik der Pariser Erdarbeiter (nicht der „Lederarbeiter" wie es gestern fälschlicherweise infolge eines Druckfehlers hieß) hat bereits veranlaßt, daß auch die auf dem Ausstellungsplatz thätigen Maurer die Arbeit einstellen mußten. Dauert der Ausstand noch länger, dürften noch weitere Arbeiterkategorien mit betroffen werden. Da die Unternehmer sich nach wie vor ablehnend verhalten, steht dies zu befürchten. Die „Petite République" regt die Frage an, ob die Stadt die Arbeiten nicht in eigener Regie ausführen lassen sollte. Dazu dürfte es jetzt wohl zu spät sein, da ja die Stadt an die Verträge, die sie mit den Unternehmern abgeschlossen hat, gebunden ist.

Unternehmer-Verbände.

Die Betriebseinschränkungen in der österreichischen Textilindustrie. In Wien fand vor einigen Tagen eine Sitzung des Aktionskomitees der Druckfirmen statt, in welcher die Anregung gegeben wurde, mit Rücksicht auf die Ueberproduktion in der Textilbranche eine größere böhmische Druckfabrik anzukaufen, da deren Geschäftsgang die Existenzfähigkeit jenes Unternehmens in Frage stelle. In der Diskussion über diesen Gegend ergaben sich widersprechende Anschauungen und konnte keine Einigung erzielt werden. Es wurde beschlossen, daß ein Mitglied des Komitees Vorerhebungen in dieser Angelegenheit einleite.

Resultat der Berliner Gewerbegerichts-Wahl.

In den für die Arbeiter in betracht kommenden 34 Wahl-Bezirken sind sämmtliche von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten gewählt.

Gegnerische Kandidaten waren nur in vereingelten Bezirken aufgestellt.

In den für die Arbeitgeber in betracht kommenden 37 Bezirken waren 5 sozialdemokratische Mandate zu vertheidigen: 2 im 12. und 3 im 37. Bezirk. — Diese 5 Mandate sind leider verloren gegangen, dagegen 2 neue gewonnen; in 2 Bezirken hat Stichwahl stattzufinden, und ein Bezirk steht noch aus. Im 36. und 42. Bezirk fehlten unseren Kandidaten nur wenige Stimmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Prag, 22. September. (W. H.) Der ehemalige Beichtvater der Kaiserin Maria Anna (Gemahlin des Kaisers Ferdinand), Hofkaplan Kahle, stürzte sich aus einem Fenster seiner im dritten Stock der Hofburg gelegenen Wohnung. Er war sofort todt.

Budapest, 22. September. (W. T. B.) In der Ortschaft Sziksszo (Komitat Abauj-Torna) brannten 40 Häuser nebst vielem Zubehör nieder.

Budapest, 22. September. (W. T. B.) Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses nahm den Voranschlag des Ministeriums des Innern an. Im Laufe der Erörterung erklärte der Minister des Innern v. Perczel, die Ausweisungen gefährlicher Elemente beruhten auf gesetzlicher Grundlage. Es bestehe dem allgemeinen Besten gegenüber die Pflicht, nicht unthätig zuzusehen, daß Leute, die in öffentlichen Versammlungen offen anarchistische Grundsätze verkünden, wenn sie auch thatsächlich augenblicklich noch unschädlich seien, jeden Augenblick der Stadt, in welcher sie leben, gefährlich werden können.

Im Szaszhermaenther Wahlbezirk wurde der Staatssekretär Jakobffy mit großer Mehrheit gegen den Kandidaten der Sachsen, Pastor Obert, zum Abgeordneten gewählt. Die gemäßigten Sachsen stimmten für den Staatssekretär.

Bern, 22. September. (W. H.) Heute wurden hier abermals vier italienische Anarchisten verhaftet. Der Herausgeber des „Agitatore", Zavetter, ist geflüchtet; er wird steckbrieflich verfolgt.

Bern, 22. September. (W. T. B.) Der Bundesrath hat heute Nachmittag in einer außerordentlichen Sitzung, die von 4—8 Uhr dauerte, die Berichte und Anträge seines Justizdepartements in der Anarchistenfrage (Ausweisungen) entgegengenommen und über dieselben berathen. Endgiltige Beschlüsse sind nicht gefaßt worden.

Paris, 22. September. (W. H.) Es bestätigt sich, daß ein tiefgehender, vielleicht folgenschwerer Konflikt mit dem Kabinet Brisson und dem Generalstab besteht. „Aurore" entwickelt in einer Sonderausgabe, wie Faure, Zurlinden, und der Generalstab von Chanvine die Unterschrift zur Einleitung des Strafverfahrens gegen Picquart erschwindelt haben. Es ergiebt sich hieraus, daß ein wirkliches Komplott gegen Brisson besteht. Letzterer ist entschlossen, die Pläne der Militärpartei aufs thatkräftigste zu vereiteln. Es dürften noch heute wichtige Kundgebungen in den Straßen erfolgen. Brisson beruft für morgen die Minister zusammen, um eventuelle Maßregeln zu berathen.

Paris, 22. September. (W. T. B.) Oberst Picquart ist heute Nachmittag 3¼ Uhr aus dem Gefängniß de la Santé nach dem Militärgefängniß Cherche Midi gebracht worden.

Paris, 22. September. (W. T. B.) Nach einer Meldung des „Figaro" aus Lille wurde dort gestern Mittag ein Hauptmann, namens Delabie, auf der Straße von einem gutgekleideten jungen Menschen durch 5 Revolverschüsse verwundet. Bei seiner Verhaftung weigerte sich der Uebelthäter seinen Namen zu nennen und erklärte, er kenne den Hauptmann nicht, hasse aber die Armee.

Paris, 22. September. (W. T. B.) Es verlautet gerüchtweise, die Angelegenheit Picquart habe einen Konflikt zwischen dem Ministerpräsidenten Brisson und dem Kriegsminister Chanoine veranlaßt, welcher eine Krise herbeiführen könnte. Der „Temps" meldet, die Enquete in betreff des Rohrpostbriefes sei bereits von Cavaignac gleichzeitig mit der Enquete über die Fälschung des Oberstlieutenants Henry eingeleitet worden. General Zurlinden habe, nachdem er als Kriegsminister vergeblich die Untersuchung gegen Picquart beantragt hatte, als Militärgouverneur kraft seiner Befugnisse die Verfolgung Picquarts angeordnet.

Lille, 22. September. (W. T. B.) Der Urheber des Angriffs gegen den Hauptmann Labie ist der 24 Jahre alte Tischlergeselle Wadin, ein exaltirter, übel beleumundeter Mensch.

London, 22. September. (W. T. B.) Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Shanghei gemeldet wird, geht daselbst das Gerücht, der Kaiser von China sei gestorben. Einzelheiten fehlen. Es verlaute, die Thore von Peking seien geschlossen.

Bukarest, 22. Sept. (W. H.) Der Rücktritt des Finanzministers bestätigt sich. Die Jungliberalen weisen die Versuche zur Aussöhnung mit dem Kabinet Sturdza zurück.

Nischni-Nowgorod, 22. September. (W. H.) Von tausend jüdischen anläßlich der Messe hier eingetroffenen Kaufleuten sind über sechshundert polizeilich ausgewiesen worden, und zwar wegen Uebertretung des Ansiedelungsgesetzes; ihre Waaren wurden zu Schleuderpreisen verkauft.

Athen, 22. September. (W. H.) In Rethymno werden die Christen von den Türken bedroht. Der russische Konsul ist geflüchtet. Russische Kriegsschiffe konzentriren sich vor Rethymno und werden die Stadt besetzen.

Philippopel, 22. September. (W. H.) Unweit Melnik fand zwischen türkischem Militär und bulgarischen Bauern ein blutiger Zusammenstoß statt.

Peking, 22. September. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) Ein heute erlassenes kaiserliches Edikt zeigt endgiltig an, daß der Kaiser die Regierungsgewalt an die Kaiserin-Wittwe abgetreten hat, welche die Minister anwies, die amtliche Berichte künftig ihr einzureichen. Der Haupt-Rathgeber des Kaisers, Kang, ist trotz energischer Versuche, ihn zu verhaften geflohen; es verlautet, daß er auf dem Wege nach Shanghai sei. Die Wirkungen der Aenderung in der Regierung werden beträchtliche sein; wahrscheinlich wird Li-Hung-Tschang wieder eingesetzt werden.

Kamerun, 21. September. (W. T. B.) Der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Valdivia" mit der deutschen Tiefsee-Expedition an Bord ist hier wohlbehalten eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Poetsch in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 223. 15. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Freitag, 23. September 1898.

Soziales.

Der Aerztestreit bei der Remscheider Orts-Krankenkasse hat besonders in der liberalen Presse Anlaß zur Erörterung der Frage gegeben, in welcher Weise die Anstellung der Aerzte bei den Krankenkassen geregelt werden könnte. Vielfach wird eine Aenderung des Krankenkassen-Gesetzes verlangt und eine festlegende Bestimmung für die Anstellung der Aerzte gefordert. In einer wahrscheinlich aus Aerztekreisen stammenden Notiz der „Vossischen Zeitung" wird von der Sozialdemokratie verlangt, zu der Frage Stellung zu nehmen und zwar so, daß allen Parteianhängern empfohlen oder besser befohlen werden soll, für die freie Arztwahl zu wirken. Das läge, meint das Blatt, ganz im Sinne eines demokratischen Programms. Wenn uns von der „Vossischen Zeitung" Vorlesungen über demokratische Grundsätze gehalten werden, so muß uns das von vornherein mißtrauisch machen; denn die Demokratie, die in diesem Blatte verzapft wird, ist nicht weit her. So auch in diesem Falle. Wenn die Arztfrage nach demokratischen Grundsätzen geregelt werden soll, so kann das allein durch die Mitglieder der Krankenkassen geschehen. Und das scheint uns auch der einzig richtige Weg. Daß die Partei vorschreiben soll, nur dieses oder jenes Arztsystem sei das allein richtige und von der Partei anerkannte, halten wir nicht für zweckmäßig und noch weniger für nothwendig, denn es ginge uns sonst nahezu so, als sollten wir den Streit zwischen Homöopathie, Allopathie und Naturheilkunde schlichten. Wir wissen auch, daß innerhalb der Partei die verschiedensten Anschauungen über die Form der Vertragsabschlüsse mit den Aerzten vorhanden sind und wir haben es immer als die beste Lösung der Frage betrachtet, wenn solche rein internen Kassenangelegenheiten von den Mitgliedern ohne Benutzung einer Vormundschaft gelöst werden. Der Verfasser des Artikels wäre auch im Irrthum, wenn er das von Dr. Landmann in Elberfeld empfohlene System der „beamteten Aerzte" als von der sozialdemokratischen Partei ausgehend charakterisiren wollte. Diesen Anspruch kann weder Dr. Landmann noch irgend ein anderer Befürworter eines speziellen Vertragssystems erheben. Zum Schluß möchten wir noch ausdrücklich betonen, daß wir eine Aenderung des Krankenkassen-Gesetzes nur nach der Seite hin befürworten könnten, daß den Kassenmitgliedern uneingeschränkte Selbstbestimmung in der Verwaltung und damit auch in der Anstellung der Aerzte gewährt wird. Glauben sich die Aerzte benachtheiligt, so mögen sie ihre Interessen durch ihre Organisationen auf dem Wege der Verhandlung mit den Kassenverwaltungen wahrnehmen. Im Interesse der Aerzte die Selbstverwaltung der Kassen zu gefährden, erscheint höchst bedenklich.

Die Düsseldorfer Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte beschloß auf Antrag Dr. Hueppe's aus Prag die Einsetzung einer ständigen Kommission zur Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose. Ferner wurde eine Resolution angenommen, worin der Wunsch ausgesprochen wird, daß zu gunsten weiterer hygienischer und anthropologischer Ermittelungen die Rekrutirungslisten im Deutschen Reiche in derselben Weise ausführlich und jährlich publizirt werden, wie in den Nachbarländern.

Symphonie-Konzerte für das Volk werden in Stettin von dem Musikdirektor Kunze veranstaltet. Das erste dieser Konzerte wurde dieser Tage auf dem „Bock" abgehalten und war von mehreren tausend Personen besucht. Das Lokal mußte wegen des großen Andranges abgesperrt werden. Der „Volksbote" schreibt über das Konzert:

Die Betheiligung aus Arbeiterkreisen war sehr zahlreich, aber auch das Bürgerthum hatte die Gelegenheit benutzt, für ein billiges Entree bessere Musik zu hören. Es war der erste Versuch dieser Art und derselbe hat bewiesen, daß er einem vorhandenen Bedürfniß Rechnung trug. Das Volk hat schon Interesse für die besseren Erzeugnisse der Dicht- und Tonkunst, nur hat es nicht die Mittel, sich diese anzuhören. Mehr als 25 Pf. Entree darf auf keinen Fall genommen werden, wenn man den Massen etwas bieten will. Direktor Kunze hat diese Absicht gehabt und die Durchführung ist ihm gelungen. Der Aufführung der einzelnen Werke schickte Herr Kunze eine im vollsthümlichen Tone gehaltene Erläuterung voraus. Das konzertirende Orchester war zwar nicht das des Stadt-Theaters, aber es war ein guter Ersatz für dasselbe. Nachdem der Weg gezeigt ist, sollen andere beabsichtigen, die Idee ebenfalls zu benutzen. Vielleicht wird das Gebotene dann noch besser und billiger.

Lokales.

Die städtische Park-Deputation ließ im letzten Etatsjahr — 1. April 1897 bis 31. März 1898 — auf öffentlichen Plätzen und in Parkanlagen 130 neue Bänke und 648 eiserne Baumschutzkörbe aufstellen; ferner wurden neu angeschafft 399 Schutzgitter für die Wurzelballen der Bäume. Die Einnahmen à conto des Etats betrugen 18 604,71 Mark. Eine außerordentliche Einnahme zur Wiederverausgabung war die vom Komitee der 1896er Gewerbe-Ausstellung gezahlte Summe von 160 000 Mark zum Zwecke der Wiederherstellung der Parkanlagen in Treptow. — Ausgegeben wurden 600 356,77 M. Eine größere Etatsüberschreitung gegenüber der bewilligten Summe ist bei den Kosten für den Betrieb des Wassersturzes im Viktoria-Park eingetreten. Die Ausgaben zu außerordentlichen Zwecken beliefen sich auf 316 949,23 M. — Für Arbeiten zur Wiederherstellung des Treptower Parks wurden im Berichtsjahre à conto der vom Gewerbe-Ausstellungs-Komitee gezahlten Summe von 160 000 Mark 139 710,97 Mark verausgabt. Die Wiederherstellung derjenigen Theile des Parks, welche durch die Gewerbe-Ausstellung in Mitleidenschaft gezogen waren, konnte, begünstigt durch den milden Winter, so gefördert werden, daß im Sommer der Park im wesentlichen seinen früheren Zustand wiedererlangt hatte; nur die Spielplätze konnten bis zum Beginn des Sommers noch nicht benutzbar gemacht werden. Durch die Erhaltung der für die Gewerbe-Ausstellung hergestellten Wasserleitung im Park ist es jetzt ermöglicht, die Anlagen in ihrer Entwickelung mehr als bisher zu fördern und besonders die Rasen-Spielplätze in gutem Zustande zu erhalten.

Ein Schwindel, dem hauptsächlich Dienstmädchen zum Opfer fallen, wird jetzt von gewissen frommen Kolporteuren geübt. Anknüpfend an die bevorstehende Reise des deutschen Kaisers nach Palästina sind in letzter Zeit fabrikmäßig Muckerschriften angefertigt worden, in denen Bilder aus Palästina und Darstellungen biblischer Geschichte die Rolle des Lockvogels spielen. Da die Waare bei dem gebildeten Publikum keinen Anklang findet, so wird sie vorwiegend auf Hintertreppen an Köchinnen, Hausmädchen und überhaupt das Küchen- und Dienstpersonal befördert. Und hier finden sich denn auch viele Gutgläubige, die auf den Köder anbeißen und die sauer verdienten Groschen für ganz unnützes und werthloses Zeug hergeben. So liegt vor uns das erste Heft einer Schrift, „Die Chronik von Palästina und das Leben Jesu Christi für das deutsche Volk von L. Schuster, Superintendent". Von dieser „Chronik" kostet jedes Heft 50 Pf., und sie soll aus 29 Heften bestehen, also in Summa 14 Mark 50 Pf. uneingebunden kosten, was in anbetracht des mehr als dürftigen Inhalts und der ebenfalls recht dürftigen Ausstattung ein geradezu horrender Preis ist. Die Prozedur ist nun, daß den durch die paar Bilder geblendeten Opfern das erste Heft aufgeschwatzt wird und sie dann durch die Drohung mit einer Klage zur Annahme der weiteren Hefte bewogen werden. In einem uns bekannt gewordenen Fall ist es vorgekommen, daß einem Mädchen gleich zwei Exemplare des Hefts 1 verkauft wurden, unter dem Vorgeben, es seien die zwei ersten Nummern. Da die Hefte mit der Marke: „Komptoir für christliche Schriften Rheinsbergerstr. 6" und einem ehrwürdig aussehenden Kreuz gestempelt sind, so daß sie ein fast amtliches und heiliges Aussehen gewinnen, so wird in den Opfern der Glaube erweckt, es handle sich um ein den Behörden wohlgefälliges Werk.

Wir warnen vor diesem Schwindel und rathen den „Hereingefallenen", sich durch die Drohung mit einer gerichtlichen Klage für den Fall des Nichtankaufs der späteren Hefte nicht ins Bockshorn jagen zu lassen. Niemand, der das erste Heft gekauft hat, ist zur Abnahme der späteren Hefte verpflichtet. —

Ueber den Milchhandel hat der Polizeipräsident jetzt eine Anzahl Bestimmungen erlassen. Der § 1 der Verfügung lautet: Wer in Berlin gewerbsmäßig Milch einführen, feilhalten oder verkaufen oder wer Milchkühe zum Zwecke des Erwerbes halten will, hat dies dem Polizeipräsidium unter Angabe der regelmäßigen Bezugsquelle bezw. der Zahl der Milchkühe vorher anzuzeigen. Ebenso hat derselbe jede örtliche Verlegung des Geschäfts bezw. Stalles, sowie die Eröffnung eines Zweiggeschäftes in Berlin anzuzeigen. § 2 lautet: Wer in Berlin gewerbsmäßig Milch einführt, feilhält oder verkauft, hat die Milchgefäße, in denen die Milch zum Verkauf gestellt wird, in deutlicher, nicht abnehmbarer Schrift mit genauer Bezeichnung der in denselben enthaltenen Milchsorten zu versehen. Gefäße, in denen Milch auf Bestellung an Einzelkunden ausgetragen wird, dürfen abnehmbare Bezeichnung tragen. Bei geschlossenen Milchwagen sind diese Bezeichnungen nebst Preisangaben auf der Wagenwand und zwar unmittelbar über den betreffenden Auslaßöffnungen, beim Vertriebe der Milch in Flaschen, jedoch ohne daß es der Preisangabe bedarf, auf den Flaschen selbst anzubringen. In den Läden sind die Verkaufsgefäße so aufzustellen, daß die Bezeichnung der Milchsorten nicht verdeckt, sondern dem Publikum sichtbar ist.

Die folgenden Paragraphen enthalten eingehende Bestimmungen über die äußere Bezeichnung der Milchsorten, sowie Verbote über den Verkauf von Milch kranker Kühe. Der § 8 bestimmt eingehend die Maßnahmen über Reinigung und Lüftung der Milchkeller. Im § 10 sind Vorschriften für „Sanitätsmollereien" enthalten. Die Verordnung soll am 1. April nächsten Jahres in Kraft treten.

Wegen Verlängerung der Teltowerstraße bis zur Kurfürstenstraße und der dadurch bewirkten Herstellung eines direkten Weges vom Halleschen Thor bis zum Zoologischen Garten beabsichtigen die Interessenten dieser Gegend in einer Petition bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden. Die Petenten sind der Ansicht, daß technische Schwierigkeiten der Ausführung dieses Projektes bei der hohen Lage der Bahndämme der Anhalter- und Potsdamer Eisenbahn nicht entgegenstehen und sich infolge dessen die Unterführungen ohne große Schwierigkeiten bewerkstelligen lassen würden. Sollte sich vor der Hand eine derartige Verlängerung der Teltowerstraße nicht ermöglichen lassen, so könne doch wenigstens die Trebbinerstraße schon jetzt ohne weiteres in der angegebenen Weise fortgeführt werden. Gleichzeitig würde sich auch die Schöneberger Straße bis zu der durch diese Straßenverbindung verlängerten Kurfürstenstraße ausdehnen lassen. Abgesehen von den Verkehrserleichterungen für Wagen und Fußgänger würde durch diese Neuerungen vor allem auch die Potsdamerstraße bedeutend entlastet werden.

Zum Transport der Fahrräder auf der Eisenbahn. Infolge der vielen Klagen über die neuen eisenbahnlichen Bestimmungen bezüglich der Beförderung der Fahrräder hat der Eisenbahnminister folgende Bestimmungen erlassen: In öffentlichen Blättern wird Klage darüber geführt, daß seit der Einführung der neuen Bestimmungen für die Abfertigung und Beförderung unverpackt aufgegebener einsitziger Zweiräder von den Gepäckträgern und Arbeitern jede Hilfeleistung bei der Ver- und Entladung der Räder und ihrer Beförderung nach und vom Bahnsteig abgelehnt wird. Dies hat nicht im Sinne der neuen Bestimmungen gelegen. Dem Ansuchen um derartige Hilfeleistungen bei der den Reisenden obliegenden Beförderung der Räder zu den Bahnsteigen und den Gepäckwagen ist daher stattzugeben, soweit dienstliche Rücksichten nicht entgegenstehen. Für Gepäckträger gilt hierüber der Gepäckträgertarif. Auch die Benutzung mechanischer Aufzüge ist, wo angängig, zu gestatten. Auf Bahnhöfen, in denen der Zu- und Abgang der Reisenden zum Bahnsteig unmittelbar durch die Wartezimmer erfolgen muß oder wo die sonstigen allgemeinen Zu- und Abgänge sehr beengt sind, kann Radfahrern bei geeigneter Wahrung der Fahrkartenkontrolle die Beförderung des Rades auch durch den Gepäckraum oder durch andere Zugänge gestattet werden, falls nicht in einzelnen Fällen besondere örtliche Bedenken entgegenstehen. Die zeitweilige Aufbewahrung unverpackter Fahrräder, zumal auf Unterwegsstationen, ist unter Anwendung der für Handgepäck bestehenden Bestimmungen fernerhin zuzulassen. Ich erwarte, daß bei der Durchführung der im Interesse des Betriebes erforderlich gewordenen neuen Vorschriften das thunlichste Entgegenkommen seitens der Eisenbahndienststellen bewiesen werden wird. Derartige Bestimmungen waren dringend nothwendig, da durch den umständlichen Transport der Fahrräder an den letzten Sonntagen zum theil erhebliche Zugverspätungen eingetreten sind, und mithin gerade das Gegentheil dessen eintrat, was man bei Erlaß der bekannten Verfügungen zu erreichen dachte.

Der Magistrat von Berlin hat, wie die „Volksztg." hört, jetzt beschlossen, diejenigen Bureau-Hilfsarbeiter anzustellen, die vereidigt und mindestens seit 1890 in Bureaubeamtenstellungen mit Ausnahme des städtischen Meldebureaus, des Statistischen Amtes und der Standesämter thätig gewesen sind. Nicht zur Anstellung sollen gelangen „körperlich Gebrechliche", pensionirte Staatsbeamte und diejenigen, die gerichtliche Strafen erlitten oder sich einem „lüderlichen Lebenswandel" ergeben haben. Die Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten. Stimmt die Nachricht, so muß jeder Reaktionär die Kunstfertigkeit des Magistrats in der Fabrikation von Kautschukparagraphen und Ausnahmemaßregeln beneiden.

Vorbereitungskurse für Heilgehilfen. Das Polizeipräsidium theilt mit: Dem kgl. Bezirksphysikus Herrn Sanitätsrath Dr. Granier ist gestattet worden, für Personen, welche sich der Prüfung als Heilgehilfe und Masseur unterziehen wollen, Vorbereitungskurse abzuhalten, welche vom 3. Oktober d. J. ab in jeder Woche am Montag und Donnerstag von 7—9 Uhr abends stattfinden. Durch die Theilnahme an diesen Kursen wird den polizeilicherseits an die Vorbereitungen gestellten Anforderungen genügt. Theilnehmer können sich persönlich bei Herrn Sanitätsrath Dr. Granier, Mohrenstr. 29/30, vormittags zwischen 8—10 Uhr, melden.

Das Baron'sche Vermächtniß beschäftigte eine gestern Abend im Buggenhagen'schen Etablissement tagende Versammlung, welche von der Vegetarier-Vereinigung einberufen war. Nach einem Vortrage des Vorsitzenden der Obstbau-Kolonie Eden bei Oranienburg Herrn Schirrmeister über das Thema: „Dürfen die Berliner Stadtverordneten eine Schenkung von 470 000 M. abweisen?" wurde eine Resolution angenommen, in welcher der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung um Annahme der Baron'schen Stiftung gebeten werden. — In der Versammlung waren 28 Vegetarierkinder anwesend, die durchweg gesund aussahen und von den anwesenden Stadtverordneten Hugo Sachs, Hammerstein, Sylicz und Goldschmidt in Augenschein genommen wurden. Ob derartige Demonstrationen geeignet sind, die Zweifel der Stadtverordneten-Versammlung zu beheben, erscheint uns fraglich.

Die vierte städtische Fortbildungsschule Heinersdorferstr. 18 hat im Laufe des Semesters einen Gesangchor für Jünglinge und Männer eingerichtet. Meldungen zum Eintritt in diesen Kursus sind an den Leiter der Anstalt, Herrn Rektor Lutzenberger, zu richten. Der neue Kursus beginnt am Mittwoch, den 12. Oktober des Jahres, in der Aula der 58. Gemeindeschule.

Berliner Tischlerschule. Die unter städtischer Verwaltung stehende Berliner Tischlerschule beginnt den Unterricht des Wintersemesters mit dem 12. Oktober. Gegenstände des Unterrichts und der Uebungen sind: Freihandzeichnen, Projektionszeichnen, Gipszeichnen, Holzverbindungs- und Formenlehre, Fachzeichnen für Tischler, chemische Behandlung der Hölzer, Modelliren und Holzbildhauen, Fachzeichnen für Drechsler und Werkzeug- und Materialienkunde für Drechsler. Der Unterricht findet statt: Krautstraße 49; Wasserthorstr. 31; Zehdenickerstr. 17/18; Thurmstr. 86; Fruchtstr. 38; Reichenbergerstr. 131/32; Pallasstr. 15; Putbuserstr. 23; Heinersdorferstraße 58. Der Kursus für Chemie findet in dem Realschulgebäude Alexandrinenstr. 5/6 statt. Die Schüler zahlen für je einen Kursus im Fachzeichnen 4 M., für den Unterricht in den übrigen Kursen je 2 M. für das Halbjahr.

Die Berliner Rettungsgesellschaft theilt uns mit: Daß Kranke wegen Raumüberfüllung von Krankenhäusern zurückgewiesen werden, kommt, wie einige Vorfälle der letzten Tage beweisen, immer noch vor. Früher gab es in Berlin keine Stelle, wo man erfahren konnte, in welches Krankenhaus man ein Kind mit Diphtherie, in welches man einen Ueberfahrenen, einen Vergifteten oder einen plötzlich Erkrankten sofort bringen konnte. Bei strenger Winterkälte mußte man nicht selten an drei oder vier, mitunter recht weit auseinander liegenden Hospitälern vorfahren, um überall wegen Mangels an Raum abgewiesen zu werden. Das ist jetzt anders geworden, seitdem die Berliner Rettungsgesellschaft den Dienst einer Zentrale eingerichtet hat, bei der täglich von sämmtlichen Krankenhäusern Berlins die zur Verfügung stehenden freien Betten angemeldet werden. Die Zentrale ist ferner mit allen Krankenhäusern durch direkte Leitungen telephonisch verbunden. Von jeder Fernsprechstelle aus kann man daher stets in der Zentrale (Amt I 60) erfahren, in welchem Krankenhause ein Platz für einen Kranken oder Verunglückten frei ist. Selbst bei Nacht ist die Zentrale jeder Zeit durch das nächste Polizeirevier sofort zu erreichen, da sie an das Telegraphennetz der Polizei angeschlossen ist. Jede Auskunft über die Krankenhäuser wird von der Zentrale unentgeltlich ertheilt; auch schickt sie auf Verlangen Kranken-Transportwagen. Im eigenen Interesse des Publikums wäre es zu wünschen, daß es von der geschilderten Einrichtung der Berliner Rettungsgesellschaft den ausgiebigsten Gebrauch macht; dann werden jene beklagenswerthen Fälle, in denen schwerkranke Patienten von einem Krankenhaus zum anderen geschickt werden, für immer von der Tagesordnung verschwinden.

Das 51. Polizeirevier Manteuffelstr. 66 ist nach Kottbuser Ufer 44 verlegt worden.

Ein Schwindler sucht zur Zeit Bankgeschäfte zu brandschatzen. Er nennt sich John Renner und bietet Wechsel amerikanischer Bankhäuser, die auf Londoner Firmen gezogen sind, zum Kaufe an. Es stellt sich heraus, daß die Duplikate dieser Wechsel bereits honorirt sind und die Originale deshalb keine Deckung finden. Er scheint mit einem Komplicen namens John Teller aus Cincinnati zusammen zu arbeiten.

Ein Opfer der Militärmanöver ist gestern nach Berlin gebracht worden. Der 13jährige Knabe Hermann Pode aus Selchow in Pommern gerieth, wie andere Knaben durch das lebhafte militärische Treiben angelockt, auf der Landstraße in Gefahr, von Kavallerie überritten zu werden. In seiner Angst lief er einem Gebüsche zu, ohne zu wissen, daß hier Infanterie im Hinterhalt lag, die die Kavallerie erwartete. Sobald diese in Schußweite gekommen war, nahm die Infanterie sie unter Feuer. Der kleine Pode hatte kaum gesehen, wie es im Busch aufblitzte, da fühlte er sich auch schon getroffen und brach bewußtlos zusammen. Die Soldaten hatten ihn nicht gesehen oder waren der Meinung, daß er sich aus Angst hingeworfen habe. So kam es, daß der arme Knabe hilflos liegen blieb, bis ihn sein Onkel fand und nach Hause brachte! Es stellte sich heraus, daß er einen Schuß mit einer Platzpatrone in das rechte Auge bekommen hatte. Der Verwundete ist hierher in die königliche Klinik gebracht worden. Es ist noch Hoffnung vorhanden, das ihm das Auge erhalten bleibt.

Zeugen gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie am 15. August, Abends 6½ Uhr, am Moritzplatz, Ecke Stallschreiberstraße, ein älterer Fahrgast vom Trittbrett eines Straßenbahnwagens auf das Straßenpflaster fiel, werden gebeten, sich entweder bei Blenck, Puttbuserstr. 13, v. 3 Tr., oder im Pferdebahndepot, Brunnenstr. 111, zu melden. Besonders wird der Maurer- oder Bauarbeiter, der auf Wochenkarte fuhr und in der Hasenhaide arbeitete, um seine Adresse gebeten.

Mittelfeuer verursachte Donnerstag früh gegen 6 Uhr eine Alarmirung eines großen Theiles der Berliner Feuerwehr nach Nostizstraße 30. Die hier belegene Seifenfabrik von Spielhagen besitzt im zweiten Stock des Fabrikgebäudes eine eigene Kistentischlerei, die in Brand gerathen war. Das angeblich, im parterre belegenen, Maschinenraum entstandene Feuer war durch den Transmissionsschacht nach dem zweiten Stock übergesprungen und hatte hier an Kisten und Brettern reichliche Nahrung gefunden. Glücklicherweise entstand das Feuer noch vor Beginn der Arbeitsschicht, so daß Arbeiter nicht gefährdet waren. Die unter Leitung des Branddirektors Giersberg vorgenommenen Löschungsversuche galten in erster Linie der Lokalisirung des Brandherdes, um den sogenannten Seifenraum zu schützen. Mittels fünf Schlauchleitungen konnte das Feuer nach einstündiger Arbeit zum Stehen gebracht werden. Jedoch brannte die Tischlerei mit Hobelbänken, Kreissägen u. s. w. vollständig aus. Die Aufräumungsarbeiten nahmen noch mehrere Stunden in Anspruch.

Boshafte Leute in der Nachbarschaft wünschen nichts sehnlicher herbei, als daß der ganze Spielhagen'sche Fabrikbetrieb einmal durch ein Elementarereigniß inhibirt werde. Nur auf diese Weise, meinen sie, werde die starkbevölkerte Gegend von dem furchtbaren Gestank befreit werden, den die Fabrik fast unausgesetzt auf beträchtliche Entfernung hin ausbreitet.

Der Kriminalkommissar a. D. Grützmacher, der hier ein Detektivinstitut betreibt, ist wegen des Verdachtes, einen Meineid geleistet und in zwei Fällen zum Meineid angestiftet zu haben, hier verhaftet worden. Das Verbrechen soll in einem Ehescheidungs-Prozeß begangen worden sein, den eine Frau Konsul P. in Lübeck gegen ihren Gatten führte. In dieser Sache war Grützmacher vom Vater der P. mit Recherchen beauftragt worden. Der frühere Polizeibeamte brachte das Belastungsmaterial in der Weise zusammen, daß er zwei lüderliche Frauenspersonen aus seiner Verwandtschaft erfolgreich anstiftete, den Konsul auf einer Reise von Köln nach Bonn zum Ehebruch zu verleiten.

In dem weiteren Verlaufe des Ehescheidungsprozesses wurde dieses Reiseabenteuer weidlich gegen den Konsul P. ausgenutzt. Als Zeugen traten die beiden Frauenspersonen Namens W. und B. auf, sowie Kommissar Grützmacher, und alle drei beschworen, daß die Affäre nicht unter ihnen abgekartet gewesen sei. Ueber einen Verkehr zwischen Konsul P. und der B. verweigerte letztere die Aussage. Das Gericht in Lübeck schob daher dem Konsul P. den Eid darüber zu, ob zwischen ihm und der B. unerlaubte Dinge vorgefallen wären. Die Lübecker Staatsanwaltschaft glaubte jedoch, trotzdem Grützmacher und die beiden Frauen das Gegentheil beschworen hatten, daß die drei gemeinsame Sache gegen den Konsul P. gemacht hatten, und veranlaßte Erhebungen in Berlin. Hier wurden mehrere Liebhaber der W. und der B. ermittelt, denen die beiden vorher von der beabsichtigten „Geschäftsreise" erzählt hatten, und einer der Liebhaber hatte sie dringend gewarnt, sich in ein so gefährliches Spiel einzulassen. Auf grund dieser Thatsachen verfügte gestern die Staatsanwaltschaft die Verhaftung Grützmacher's unter dem Verdacht, einen wissentlichen Meineid geleistet und sich in zwei Fällen der Anstiftung zum Meineid schuldig gemacht zu haben. Diesem wird weiterhin zur Last gelegt, in jenem Ehescheidungsprozeß vor dem Lübecker Gericht die Frage, ob er mit der geschiedenen Frau W. verwandt oder verschwägert sei, mit „Nein" beantwortet zu haben. Diese Angelegenheit ist jedoch noch nicht geklärt, zumal da Frau W. von

ihrem Manne, der ein Bruder der Ehefrau Grützmacher's ist, gerichtlich geschieden ist. Der Ehescheidungsprozeß des Konsul B.'schen Ehepaares schwebt dem „Berl. Tagebl." zufolge, zur Zeit bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht.

In der Angelegenheit des unschuldig verurtheilten Ziethen wird unablässig gearbeitet. Leider fehlte es bisher an den nöthigen Geldmitteln und an der nöthigen Zusammenfassung der auf das gleiche Ziel hinarbeitenden Kräfte. Wir haben Grund anzunehmen, daß diesem doppelten Mangel in nächster Zeit abgeholfen und ein neuer Aktionsplan festgestellt werden wird, der alle Aussicht hat, zum Ziele zu führen. Inzwischen hat Herr Schlächtermeister Hugo Metscher, Wartenbergstaße 17 bereits, wie wir früher schon mittheilten, und zwar mit Zustimmung der Freunde Ziethen's, eine Sammlung eröffnet, für die jetzt auch die polizeiliche Genehmigung ertheilt worden ist. Wir bemerken dies ausdrücklich und wiederholen noch einmal, daß das Vorgehen des Herrn Metscher ausschließlich von Menschenliebe und einem tiefen Rechtsgefühl diktirt worden ist und die vollste Unterstützung aller Edeldenkenden verdient.

Die Fälschung eines Checks einer Berliner Bankfirma über 70 000 M. ist durch die Aufmerksamkeit der Beamten einer Hamburger Bank, wo die falsche Anweisung zur Auszahlung vorgezeigt wurde, entdeckt worden. Mittwoch Vormittag erschien in Hamburg im Bankgeschäft von R. D. Warburg ein Herr, der einen Check in Höhe von 70 000 M., von einem Berliner Bankinstitut auf die Hamburger Firma ausgestellt, vorlegte. Da R. D. Warburg eine Nachricht von dem Berliner Geschäftsfreund nicht erhalten hatte, so bat der Kassirer den Checkinhaber, in einer Stunde wiederzukommen. Telephonisch wurde in Berlin angefragt, ob der Check in Ordnung sei, man erhielt jedoch zur Antwort, daß davon nichts bekannt sei und daß man bitte, vorläufig nicht auszuzahlen. Eine Viertelstunde später meldete sich das hiesige Bankinstitut telephonisch bei R. D. Warburg und theilte mit, daß die Sache sich aufgeklärt habe und daß man die 70 000 Mark auszahlen könne. Diese zweite Mittheilung kam der Hamburger Firma verdächtig vor. Abermals ließ man telephonisch anfragen und den Direktor des hiesigen Bankinstituts persönlich an den Apparat kommen. Dadurch wurde festgestellt, daß eine Fälschung vorlag, und als der Checkinhaber wieder erschien, wurde er von der inzwischen benachrichtigten Kriminalpolizei festgenommen. Ueber die Person des Fälschers ist bisher nichts Näheres bekannt. Ebenso waren Nachforschungen nach den hiesigen Gefährten des Betrügers bisher erfolglos.

Ruhestörenden Lärm, so schreibt die „Volks-Ztg.", verursachten in der vergangenen Nacht die aus dem Manöver heimkehrenden Soldaten. Das ganze Alexander-Regiment zog gegen 12 Uhr nachts mit klingendem Spiel vom Nordbahnhof her durch die Schwedterstraße, Schönhauser Allee 2c. bis zur Kaserne. Die jäh aus ihrem Schlaf geweckten Bewohner stürzten an die Fenster in der Meinung, es sei Feuer ausgebrochen. Mancher Kranke, welcher endlich den ersehnten Schlaf gefunden, ist sicherlich durch diesen militärischen Aufzug unsanft in seiner Ruhe gestört worden.

Die Verhaftung der Falschmünzerbande in der Borsigstraße und die Vernehmungen, die sie im Gefolge hatte, scheint auch auf die Spur anderer Falschmünzer-Werkstätten geführt zu haben. Nach Aeußerungen eines Bauarbeiters, der beim Neubau der Golgathakirche beschäftigt war, giebt es augenblicklich noch ein Nest in Berlin und eins in der Provinz. Es sind auch bereits Falschstücke angehalten worden, die nicht aus der Werkstatt in der Borsigstraße stammen, sondern von den hier hergestellten in einigen Einzelheiten abweichen; sie sind etwas besser. Bei Polenske fand man in der Werkstatt nur ein verunglücktes Einmarkstück. Die Festgenommenen führten sich in der ersten Zeit bei den Vernehmungen so auf, daß der Untersuchungsrichter wiederholt strenge Maßregeln ergreifen mußte. Es gewinnt den Anschein, daß namentlich Frau Polenske viel beiseite geschafft hat, vermuthlich in Spandau oder dessen Umgebung. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Verbrecher Geld versteckt haben, um es später einmal wieder abzuholen. Die Geschäftsleute in der Borsig-, Berg-, Acker- und Gartenstraße 2c. haben zwar bei ihnen nicht oft größere Summen bemerkt, die Kinder Polenske's dagegen haben häufig gesehen, daß ihre Stiefmutter 800 M. und mehr abends mit nach Hause brachte. Als Helfershelfer der Falschmünzerbande in der Borsigstraße ist noch der Handelsmann Max Maczilius aus der Oranienburgerstraße Nr. 87 festgenommen worden.

Direktor Paul Busch ist mit seiner Gesellschaft am heutigen Vormittage, von Braunschweig kommend, hierselbst eingetroffen und wird am Sonnabend Abend die neue Berliner Saison mit einer Parade-Gala-Vorstellung in seinem von grund aus renovirten und glänzend ausgestatteten Zirkus in der Burgstraße eröffnen.

Die für gestern Abend 7½ Uhr angesetzte Eröffnungs-Vorstellung im Olympia-Theater konnte wegen plötzlicher Erkrankung der Hauptdarstellerin Fräulein Klara Antonie nicht stattfinden. Die bereits gelösten Billets behalten für die am Sonnabend, 24. cr., stattfindende Erstaufführung Giltigkeit.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Parteigenossen Schönebergs! Im 12. Stadtbezirk findet für den verstorbenen Stadtverordneten eine Neuwahl statt. Der Termin derselben ist auf Donnerstag, den 6. Oktober, mittags 1 bis abends 7 Uhr, im Wahllokal Klubhaus, Hauptstraße 5/6, festgesetzt. Von unserer Seite ist wiederum der Genosse Hermann Schubert als Kandidat aufgestellt. Sehr wichtige Punkte sind es, die unsere Stadtverordneten-Versammlung in nächster Zeit beschäftigen werden, und da ist denn doppelt Pflicht, dafür zu sorgen, daß ein Vertreter mehr von unserer Seite dort hinein gewählt wird. Thue ein jeder seine Schuldigkeit, dann ist der Bezirk der unsere. — Alle Genossen, welche sich dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen wollen, mögen sich am Sonntag morgens 7 Uhr bei Obst, Grunewaldstr. 110, einfinden.

Das Wahlkomitee.

Vom Schöneberger Magistrat ist mit Zustimmung der Stadtverordneten eine Buchdruckerei errichtet worden. Nun nimmt das „Schöneberger Tageblatt" Veranlassung, in einem besonderen „Leit"-Artikel die Vortrefflichkeit dieser That über den grünen Klee zu loben. Nachdem mitgetheilt ist, daß nicht allein die Einladungen zur Stadtverordneten-Sitzung, sondern auch alle Formulare für den Magistrat: Briefbogen, Kouverts, Steuerzettel u. s. w., kurz alles, was in der städtischen Verwaltung gebraucht wird, in der städtischen Druckerei hergestellt wird, kommt das Blatt zum Schlusse zu der Anschauung, daß demnächst die städtischen Behörden anderer Städte dem Vorgang Schönebergs folgen werden. Wenn man auch füglich gegen die Errichtung einer Druckerei in städtischer Regie nichts einwenden kann, so muß man doch in diesem Falle staunen, wenn man erfährt, daß zur Ausführung der Arbeiten zwei frühere Gemeindediener kommandirt sind, die kaum einen blassen Schimmer von der schwarzen Kunst haben. Die Drucksachen lassen denn auch in typographischer Hinsicht sehr viel zu wünschen übrig. Sehr erfreut darüber sind die arbeitslosen Buchdrucker Schönebergs gerade nicht, daß man ihnen als steuerzahlenden Bürgern eine derartige Konkurrenz bereitet. Auch das „Sch. T." hätte alle Ursache, mit diesem Verhältniß nicht so besonders zufrieden zu sein. Sollte es dem Magistrat einmal einfallen, die seinerzeit von dem Blatte so heiß ersehnten „Amtlichen Bekanntmachungen" selbst drucken und verbreiten zu lassen, dann wäre es auch mit der Herrlichkeit dieser Zeitung vorbei.

Der neue städtische Arbeitsnachweis in Charlottenburg wird nach dem gestrigen Beschluß des Magistrats am 1. Oktober im Nebengebäude des Rathhauses, Berlinerstr. 72, eröffnet werden. Die Dienststunden sind auf vormittags 8 bis 12 Uhr und nachmittags 3 bis 6 Uhr an den Wochentagen festgesetzt. Sonntags ist der Nachweis von 8 bis 9 Uhr früh geöffnet. Im Sommer soll er Werktags schon um 7 Uhr beginnen. Der Nachweis vermittelt kostenlos Arbeit, beschränkt jedoch seine Thätigkeit auf ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Charlottenburg ihren Wohnsitz haben, mit Ausnahme des Gesindes.

Mit der Frage der Anlegung von Radfahrwegen auf dem Kurfürstendamm beschäftigte sich gestern die städtische Tiefbau-Deputation von Charlottenburg. Die Bedürfnißfrage für besondere Radfahrstraßen wurde in der Sitzung bejaht, nachdem mit der für diese Angelegenheit in betracht kommenden Gemeinde Wilmersdorf ein Einvernehmen erzielt worden. Die Tiefbau-Deputation beschloß alsdann, dem dortigen Magistrat die Herstellung von zwei je drei Meter breiten Radfahrstraßen am Nord- und Südende des Kurfürstendammes von der Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche ab bis Halensee zu empfehlen. Die Radfahrwege sollen danach unmittelbar neben den Fahrdämmen und den Vorgarten-Terrains angelegt werden. Zu dem Zwecke müssen die Vorgärten sowohl auf der Nord- wie auf der Südseite um 3 Meter zurückgerückt werden. An dem bisherigen Kurfürstendamm würde nach diesem Plane wenig oder garnichts geändert werden. Die Kosten für die Radfahrwege berechnet die Charlottenburger Tiefbaudeputation auf 500 000 M. Zur Deckung derselben ist die Einführung einer besonderen Radfahrsteuer in Vorschlag gebracht worden. Ueber die Art, Erhebung und Höhe derselben sind die Meinungen aber noch nicht geklärt, und es sind daher in dieser Hinsicht noch keine Beschlüsse gefaßt worden. Jedenfalls aber sollen die Kosten nicht aus städtischen Mitteln gedeckt werden. Die Tiefbaudeputation wird sich wohl in einer späteren Sitzung mit der Steuerfrage eingehend beschäftigen.

Die Radfahrsteuer wäre ja sehr schön, wenn sie nicht als Ausnahmemaßregel gegen die vertrackten Radler aufgefaßt werden müßte. Wenn aber einmal der Verkehr besteuert werden soll, so möge man auch gleich die Reiter, für die doch ebenfalls besondere Wege auf dem Kurfürstendamm angelegt sind, bedenken. Desgleichen wäre eine Droschken-, Equipagen-, Hundefuhrwerk-Steuer 2c. und im Anschluß daran die Wiedereinführung der Chausseebäume und Thorsperren in betracht zu ziehen. Nur konsequent bei dem Rutsch ins Mittelalter!

Als falsch bezeichnet der Magistrat von Storkow die von einem hiesigen Lokalblatte gebrachte Nachricht, daß der dortige Bahnhof von der Eisenbahnbehörde geschlossen worden sei, weil die Stadt nicht ihren Verpflichtungen bez. des Bahnbaues nachgekommen wäre. Der Bahnhof sei überhaupt noch gar nicht dem Verkehr übergeben worden.

Gerichts-Zeitung.

Sonntagsentheiligung durch Flugblattvertheiler. Es mehren sich die Versuche, die Sonntagsruhe-Verordnung vom 5. Oktober 1896 zur Behinderung der politischen Agitation auszunutzen. Während in Berlin bei den letzten Kommunalwahlen in Moabit die Flugblätter der Konservativen und Klerikalen, die zur Unterstützung der Freisinnigen aufforderten, Sonntags an den Kirchenthüren verbreitet werden konnten, wird sozialdemokratischen Flugblattverbreitern, die außerhalb der Kirchenstunden ihrem Zweck nachgehen, alles mögliche in den Weg gelegt. In einigen Orten der Amtsgerichtsbezirke Berlinchen und Soldin waren Parteigenossen angeklagt, und auch zu Geldstrafen verurtheilt worden, weil sie Sonntags außerhalb der Kirchenstunden in die Häuser gegangen waren und dort an nicht öffentlichen Orten Flugblätter niedergelegt hatten. Darin sollte eine nach § 1 der genannten Verordnung Sonntags verbotene „öffentlich bemerkbare Arbeit" liegen. Die Betheiligten legten Berufung ein und wurden in der Verhandlung am 19. September vor dem königlichen Landgericht zu Landsberg a. W. durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine aus Berlin vertheidigt. Dieser führte aus, daß die Verbreitung in den Häusern nicht öffentlich bemerkbar gewesen sei, selbst wenn man es für eine Arbeit halten wollte, was auch dem Sprachgebrauch widersprechen würde. Das, was zur öffentlichen Erscheinung gekommen sei, nämlich das Gehen von Haus zu Haus, sei jedenfalls keine Arbeit gewesen, so wenig wie die Thätigkeit des Spaziergängers und des Kirchenbesuchers eine Arbeit sei. Der Erste Staatsanwalt Großpietsch, der die Anklage vertritt, beantragte, die Berufung zu verwerfen. Das Gericht hob nach längerer Berathung die Urtheile auf und sprach die Angeklagten frei. Der Vorsitzende führte aus, für den Begriff der Arbeit im Sinne der Verordnung könne nicht eine abstrakte Definition des Wortes Arbeit in betracht kommen, die ja schließlich alles umfassen würde, vielmehr käme es darauf an, ob in einzelnen Fällen die betreffende Handlung nach der allgemeinen Auffassung und Sitte der Zeit als Arbeit bezeichnet werden könne. Dieses Austragen von Flugblättern in die Häuser durch Hin- und Hergehen sei nach der allgemeinen Meinung als Arbeit nicht anzusehen, während vielleicht die Sache anders liegen könnte, falls im einzelnen Falle die Verbreiter in einer auffälligen Weise mit großen Packeten oder gar mit Handwagen die Straßen durchzogen hätten.

Die Ausschreitungen in Liegnitz vor Gericht. Aus Liegnitz wird uns berichtet: Wie noch erinnerlich sein wird, fanden im Juni dieses Jahres an mehreren Abenden Exzesse hierselbst statt, die schließlich das Einschreiten des Militärs sowie den Gebrauch der Waffe zur Folge hatten. Der hiesige Stadtverordnete Bildhauer Josef Löwe hatte eines Abends sein Dienstmädchen nach Bier geschickt. Dieses blieb außergewöhnlich lange fort. Löwe soll deshalb das Dienstmädchen heftig geschlagen haben, so daß dasselbe furchtbar geschrien hat. Dies Geschrei war die Veranlassung zu einer großen Menschenansammlung, die das Löwe'sche Haus mit Steinen bombardirten, so daß sämmtliche Fenster zertrümmert und die im Laden befindlichen Denkmäler, Marmorplatten u. s. w. zerschlagen wurden. Es sollen dabei Rufe wie „Juden raus" ausgestoßen worden sein. Daneben soll die Marseillaise gesungen worden sein.

Die Menge soll nämlich durch den Namen Josef Löwe der Meinung gewesen sein, Löwe sei ein Jude, dieser ist aber katholischer Christ. Der in voller Stärke anrückenden Polizeimannschaft gelang es erst nach längeren Bemühungen, die Menge auseinander zu treiben und die Ruhe wieder herzustellen. An den folgenden Abenden wiederholten sich diese Exzesse in bedeutend verstärktem Maße. Die Menge johlte und schrie, demolirte Schaufenster, Straßenlaternen, die vorüberfahrenden Wagen u. s. w. Die Polizeimannschaften wurden mit einem Steinhagel empfangen.

Als endlich der Oberbürgermeister Oertel erschien und die Menge aufforderte, auseinander zu gehen, wurde ihm mit Hohngelächter, Schreien und Johlen geantwortet. Die Polizei ging endlich mit blanker Waffe vor, sie war jedoch der nach vielen Tausenden zählenden Menge auf die Dauer nicht gewachsen. Es wurde daher militärische Hilfe erbeten. Eine Kompagnie des 154. Infanterie-Regiments kam sehr bald unter Trommelschlag mit aufgepflanztem Seitengewehr im Sturmschritt die Breslauerstraße entlang. Das Militär wurde mit einem Gejohle empfangen. Der Kommandeur forderte die Menge auf, auseinander zu gehen. Dies wurde jedoch nur mit Hohnlachen, Pfeifen und Schreien beantwortet. Der Führer der Kompagnie befahl darauf dreimaligen Trommelschlag. Als auch dies unbeachtet blieb, gab der Kommandeur den Befehl, mit gefälltem Bajonnett vorzugehen. Ein Drechslergeselle namens Täsler erhielt bei dieser Gelegenheit einen Stich in den Unterleib, so daß er sofort starb, eine große Anzahl von Personen wurden theils schwer, theils leicht verletzt, außerdem wurden sehr viele Personen verhaftet. Inzwischen kam noch eine zweite Kompagnie an. Mit Hilfe dieser gelang es endlich die Menschenmenge auseinander zu treiben und die Ruhe wieder herzustellen.

Am folgenden Tage wurde von der Polizeiverwaltung eine öffentliche Warnung erlassen. Trotzdem wiederholten sich des Abends die Vorgänge, so daß abermals das Militär mit blanker Waffe einschritt. Erst als in der zweiten Bekanntmachung gesagt wurde, daß im Wiederholungsfalle rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werde, gab es Ruhe. Aus diesem Anlaß ist gegen eine große Anzahl von Personen theils wegen schweren Aufruhrs, theils wegen Auflaufs, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Anordnungen der Obrigkeit u. s. w. Anklage erhoben worden.

Die Rädelsführer werden sich vor dem Schwurgericht zu verantworten haben. 32 Personen erscheinen jedoch bereits am Freitag des Auflaufs, des Widerstands gegen die Staatsgewalt u. s. w. angeklagt vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts.

Ueber den Verlauf der Verhandlung werden wir morgen berichten.

Gesetzwidrige Ausbeutung jugendlicher Arbeiter in der Fahrradfabrik Sturmvogel. Der königliche Gewerbe-Inspektor Dr. Küttner hatte gelegentlich einer Revision der Fahrradfabrik Sturmvogel, Kurfürstendamm 112 in Halensee — Inhaber Alfred Pislorski und O. Grüttner — festgestellt, daß daselbst zwei jugendliche Arbeiter im Alter von unter 16 Jahren beschäftigt wurden, die Vor- und Nachmittags nur je eine Viertelstunde statt der gesetzlich festgesetzten halben Stunde für die Einnahme von Frühstück und Vesper frei erhielten und daß auch die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitsordnung in der Fabrik nicht angeschlagen worden war. Die Inhaber der Fabrik wurden daher wegen Uebertretung des § 136 der Reichs-Gewerbe-Ordnung unter Anklage gestellt, vom Schöffengerichte in Charlottenburg aber freigesprochen, da dieses den Angeklagten darin beitrat, daß es ihnen unmöglich sei, bei einer Arbeiterzahl von ca. 200 sich um die Thätigkeit jedes einzelnen Arbeiters zu kümmern. Es müsse genügen, daß den beiden jugendlichen Arbeitern verboten worden sei, die Pausen früher zu beendigen, als nach Ablauf einer halben Stunde. Gegen dieses Urtheil legte die Amtsanwaltschaft Berufung ein und begründete dieselbe damit, daß es durchaus nicht genüge, wenn den jugendlichen Arbeitern einfach verboten werde, die Pausen willkürlich abzukürzen. Der Arbeitgeber habe dafür zu sorgen, daß ein solches Verbot auch thatsächlich respektirt werde, denn § 136 Abs. II sage ausdrücklich, daß während der Pause den jugendlichen Arbeitern überhaupt nicht gestattet werden darf, zu arbeiten, das hieße so viel, daß der Arbeitgeber verpflichtet ist, dafür zu sorgen, daß die gesetzlichen Pausen auch inne gehalten werden. Es liege hier eine irrige Auffassung des Schöffengerichtes vor, welche der Berichtigung bedürfe. Die Angeklagten hielten dieser Begründung noch einmal die angebliche Unmöglichkeit gegenüber, den ausgedehnten Betrieb so im einzelnen zu überwachen. Im übrigen wiesen sie darauf hin, daß es in Berlin wohl keinen einzigen Arbeiter gebe, welcher auch nur eine Minute länger arbeite, als er müsse. In der gestrigen Verhandlung vor der dritten Strafkammer am Landgericht II bekundeten aber die beiden jugendlichen Arbeiter, daß sie die Pausen abkürzen mußten, weil die erwachsenen Arbeiter nur ¼ Stunde Pause hatten und in der Arbeit gestört worden wären, wenn sie ihnen nicht die nöthigen Handreichungen gemacht hätten. Die Arbeiter hätten sie gezwungen, mitzuarbeiten. Hätten sie gewußt, daß ihnen eine halbstündige Pause zustand, so würden sie sicher nicht früher mit der Arbeit begonnen haben. Ein Aushang mit dieser Bestimmung sei erst nach dem Besuch des Gewerbe-Inspektors in den Fabrikräumen angebracht worden. Nach diesem Ausfall der Beweisaufnahme hob die Strafkammer das erste Urtheil auf und erkannte in milder Beurtheilung der Sache auf je 20 M. Geldstrafe mit der Begründung, daß es Sache des Arbeitgebers sei, den gesetzlichen Bestimmungen in seinem Betriebe Geltung zu verschaffen, was in diesem Falle um so leichter gewesen sei, als in der Fabrik nur zwei jugendliche Arbeiter beschäftigt wurden, die sich doch leicht überwachen ließen.

In der Strafsache gegen die geschiedene Frau Elisabeth Hartert wegen Kuppelei, Betruges und gewohnheitsmäßigen Wuchers war zu gestern Termin zur Hauptverhandlung vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I angesetzt. Frau Hartert wird zur Last gelegt, daß sie ihre am Magdeburger Platz belegene Wohnung zur Stätte der wüstesten Orgien für Lebemänner und sittenlose junge Frauenzimmer gemacht habe. Der Termin mußte aufgehoben werden, weil die nach einem auswärtigen Gerichte gesandten Akten noch nicht wieder in die Hände des Vorsitzenden gelangt waren. Die Verhandlung wird nunmehr erst im nächsten Monat stattfinden. Frau Hartert, die seit dem März d. J. in Untersuchungshaft sitzt, hat durch Rechtsanwalt Dr. Schwindt wiederholt Anträge auf Haftentlassung gestellt, diese sind aber bisher stets abgelehnt worden.

In Sachen Rothenburg findet am 24. d. M. in Stargard Termin statt in der Sustentationsklage der Frau Baumeister Rothenburg gegen das Fräulein Reckner in Pyritz, eine Schwester der Frau Rothenburg. Außerdem kommen an demselben Tage daselbst anderweitige Klagen der Frau Rothenburg gegen Fräulein Reckner behufs Wiedererlangung des Reckner'schen Vermögens und Anfechtung des Frau Rothenburg enterbenden Reckner'schen Testamentes zur Verhandlung. Hierbei ist der Sohn der Klägerin, der Referendar Rothenburg, als Zeuge vorgeschlagen, der in einer Sache bereits als Zeuge vernommen worden ist. Ueber die Glaubwürdigkeit und Beeidigung des Zeugen sollte in der betreffenden Verhandlung definitiv entschieden werden. Inzwischen hat der Referendar Rothenburg folgendes Schreiben des hiesigen Amtsgerichts I erhalten:

„Es ist zur Untersuchung Ihres Gemüthszustandes ein Termin auf den 15. Oktober 1898, vormittags 10½ Uhr, vor dem königl. Amtsgerichtsrath Herrn Partisch im Gerichtsgebäude, Neue Friedrichstraße 13, Zimmer 81, anberaumt, zu welchem Sie auf Anordnung des kgl. Amtsgerichts I., hier, mit dem Bemerken geladen, daß als Sachverständige die gerichtlichen Physiker Herren Professor Dr. Strassmann, hier, Kurfürstenstr. 81, und Sanitätsrath Dr. Mittenzweig, Hannoverschestr. 6 wohnhaft, zugezogen worden; dieselben werden Ihnen die nöthigen Vorbesuche abstatten. Berlin, den 17. September 1898. gez. Thomas, Gerichtsschreiber.

Im übrigen war von der Frau Baumeister Rothenburg in bezug auf ihre achtjährige Internirung innerhalb der Anstalt Herzberge vor mehr als Jahresfrist Anzeige an die hiesige Staatsanwaltschaft I und die zuständigen Verwaltungsbehörden erstattet worden. Indessen ist bis jetzt hierauf der Frau Rothenburg seitens jener Behörden weder irgend eine Antwort geworden, noch hat man von dem Fortgang der Angelegenheit gehört.

Versammlungen.

Die in der Lederwaaren-Industrie beschäftigten Personen hielten am 20. d. M. eine gut besuchte Versammlung ab, in der Dr. Weyl in einem interessanten Vortrage über die Entstehung und Vorbeugung der Lungenschwindsucht sprach. Im zweiten Punkt der Tagesordnung referirte Brückner über den Streik der Täschner. Redner wies darauf hin, daß unmittelbar nach dem Streik der Lederarbeiter die Herren Fabrikanten einen Ring bildeten. Bisher hörte man außer der Anfertigung schwarzer Listen sehr wenig von der Vereinigung. Dagegen glaubten die Herren während des Streiks bei der Firma C. Schmidt, Elisabeth-Ufer 31, wo sich die Täschner die neunstündige Arbeitszeit errungen haben, uns ein besonderes Geschenk machen zu müssen. So schrieben die guten Leutchen an den Fachverein der Täschner, daß sie einstimmig beschlossen haben, vom 1. Dezember ab die neunstündige Arbeitszeit einzuführen, sofern jede Agitation wegen sofortiger Erfüllung der Forderung eingestellt wird und partielle Streiks nicht in Szene gesetzt werden. Jeder Arbeiter wußte, was dies zu bedeuten hat. Vom 1. Dezember ab tritt die schlechte Konjunktur ein und da sind die meisten Täschner zufrieden, wenn sie 6—7 Stunden Arbeit haben. Wie ein Wetterleuchten in dunkler Nacht traf uns folgendes Schreiben, welches deutlich die Absicht der Herren Fabrikanten zeigt:

„Bei Anfertigung sämmtlicher mir von Herrn R. R. übertragenen Arbeiten unterwerfe ich mich hiermit ein für alle Male folgenden Bedingungen: 1. Die mir bei Uebertragung der Arbeiten bestimmte Lieferzeit ist genau einzuhalten und die fertige Arbeit spätestens bis zum Ablauf der Lieferzeit abzuliefern. 2. Bei Nichtinnehaltung der gestellten Lieferzeit ist der Arbeitgeber berechtigt, die zur Fertigstellung der Arbeit mir übergebenen Waaren, Materialien und sonstigen Utensilien ohne weiteres herauszuverlangen, und die etwa nicht ordentlich oder nicht fertiggestellte Arbeit auf meine Kosten ordnungsmäßig von einem anderen Arbeiter herstellen resp. fertigstellen zu lassen. 3. Dem etwaigem Anspruche des Arbeitgebers gegenüber auf Herausgabe der mir übergebenen Materialien 2c. verzichte ich hiermit ausdrücklich und ohne jeden

Vorbehalt auf die mir etwa noch wegen meines Lohnes oder sonstiger Ansprüche nach dem Gesetze oder Vereinbarung zustehenden Zurückbehaltungs- beziehungsweise Pfandrechte. Das Objekt dieser Erklärung beträgt unter 150 Mark." Es ist dies ein Arbeitsvertrag, der einseitig zu gunsten der Arbeitgeber ausgearbeitet ist. In der Diskussion zerpflückte Weinschild dieses Schreiben und machte den Anwesenden klar, wessen die Herren Fabrikanten fähig sind, wenn nicht endlich die Kollegen sich aufraffen, sich der Organisation anschließen und so dem Auftreten der Herren einen Damm entgegensetzen. In demselben Sinne äußerten sich Bayer und Wunscheck.

Hierauf wurde folgende Protestresolution einstimmig angenommen: „Die Leder- und Galanteriewaarenarbeiter protestiren gegen sämmtliche Maßnahmen der Fabrikanten-Vereinigung, welche uns in unserer Beschäftigung hinderlich sind, insbesondere aber gegen den ausgearbeiteten Arbeitsvertrag. Wir beauftragen das Bureau, diesen Protest dem Vorstande der Vereinigung Berliner Lederwaaren-Fabrikanten zu überweisen."

Löchleiner schilderte hierauf den Streik bei Fischer u. Kichler und bittet um moralische Unterstützung, welche den Streikenden zugesagt wurde.

Im Fachverein der Bäcker sprach am 13. September Genosse Bogtherr über die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Im Anschluß an das Referat gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung beschließt, für den Ausbau der Organisation thatkräftig einzutreten, sowie für Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eifrig zu wirken. Die Versammlung protestirt außerdem gegen die neuerdings wieder angedrohte weitere Beschränkung der Koalitionsfreiheit." — Sodann referirte das Mitglied Schneider über den Hamburger Brotboykott. Redner kritisirt die arbeiterfeindliche Stellung der Innung zu allen Fragen, die eine Besserung der Lage der Arbeiter zum Zweck haben. So habe auch bei dem Streik der Hamburger Bäcker die Innung mit Unterstützung des Arbeitgeber-Verbandes versucht, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu unterdrücken. Durch das thatkräftige Eingreifen der Arbeiter sei aber diesmal die Absicht der Innung zu schanden geworden. Nach einer kurzen Diskussion machte der Vorsitzende zum Schluß darauf aufmerksam, daß das Herbstvergnügen am 2. Oktober und der Besuch der Sternwarte am 16. Oktober stattfindet.

Der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen (Zahlstelle N.) hielt am 15. September eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag über den Verbandstag. Schumann legte in ausführlicher Weise den Mitgliedern die Bedeutung der Verhandlungen für die Organisation dar. Unter Vereinsangelegenheiten wurde darauf hingewiesen, daß am 22. Oktober das Stiftungsfest stattfindet.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbniß-Verein für Frauen und Mädchen, gegr. 1892. Jeden Freitag, abends 7 Uhr, Zahlabend bei Mehrwald, Alte Jakobstr. 54/55. — Neue Mitglieder werden daselbst aufgenommen.

Verein für Körper- und Naturheilkunde. Heute Abend 8½ Uhr, in „Königshof", Bülowstr. 39: Vortrag des praktischen Naturheilkundigen Grundmann über: „Geheime Leiden". Demonstrirt an farbigen Lichtbildern. Gäste, nur Männer, willkommen.

Musik-Verein „Lortzing". Heute Abend 8½ Uhr, Skalitzerstr. 59, Restaurant Gerhardt: Sitzung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

P. Rumänien. 1. Ein Kalender 40 Pfennige. Je 50 Gramm 5 Pfennige. 2. Natürlich Schwindel, dem nachträglich nicht beizukommen ist. 3. Davor ist entschieden zu warnen.

H. Admiralstraße. 1. Schreiben Sie an die „Volkswacht" in Breslau, Neue Graupenstr. 5/6. 2. Acht. 3. Hier unbekannt.

Wienert. Derartige Mittheilungen veröffentlichen wir sehr gerne, nur müssen sie von der Gewerkschaftsorganisation des betreffenden abgestempelt sein.

Witterungsübersicht vom 22. September 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.
Swinemde.	757	WNW	5	wolkig	12	Haparanda	752	SW	2	bedeckt	8
Hamburg	761	W	3	bedeckt	13	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	760	WNW	4	bedeckt	13	Cork	766	OSO	2	Dunst	14
Wiesbaden	764	NW	1	wolkenl	11	Aberdeen	766	WNW	3	hlb. bed.	11
München	766	SW	2	wolkenl	12	Paris	764	NNO	1	Dunst	11
Wien	763	Still	—	wolkig	12						

Wetter-Prognose für Freitag, den 23. September 1898.

Ziemlich kühl, vorherrschend wolkig bei mäßigen bis frischen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 23. September:

Opernhaus. Orpheus und Eurydike. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Das neue Weib. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Cyrano von Bergerac. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Des Meeres und der Liebe Wellen. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Eugen Onégin. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Frühlingswende. Hierauf: Eifersucht. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Hamlet. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Unser lustiges Berlin. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Er muß aufs Land. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Schluntz sel. Wwe. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Seine Puppe. Anf. 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die beiden Waisen. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Deml-Monde. Anfang 8 Uhr.
Parodie-Theater. Jugend.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag: **Hamlet.**
Sonnabend:
Die Haubenlerche.
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Am Tage des Gerichts.
Abends 8 Uhr:
Madame Bonivard.

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Extra-Vorstellung, veranstaltet vom Verein der Berliner Grundeigenthümer Berlin SO.
Zum 27. Male:
Seine Puppe.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Max Schönau.
Musik von Fritz Krause.
Hierauf: Auftreten des ersten deutschen Verwandlungs-Schauspielers in seiner Tragikomödie: **A. Angeloti Entdeckt!**
Zum Schluß: Sinfonia Cosmopolita.
Sonnabend: Dieselbe Vorstellung.

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Novität! Zum 17. Male: Novität!
Schluntz sel. Wwe.
Gesangsburleske in 3 Akten von O. Haneld, bearbeitet v. J. Dill.
Musik von G. Steffens.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Preciosa.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55—57.
Direktor: Rich. Schultz.
Novität. Das Novität.
Paradies der Frauen.
Im 2. Bilde: Die Moden des Jahrhunderts.
Im 5. Bilde: Eva's Vermächtniß.
Anfang d. Vorst. ½8 Uhr, Ende gegen 11 Uhr. Morgen u. folgende Tage: Das Paradies der Frauen.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Theehaus-Geschichte.
Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von E. M. Röhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Hr. Kapellmstr. C. Goldmann. Kassenöffnung ½7 Uhr, Anf. ½8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Die Geisha.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu bedeutend ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron. Operette in 3 Akten von J. Schnitzer. Musik von Johann Strauß.

Berliner Sänger
u. Theater-Ensemble Tyll Eulenspiegel.
Direktion: Oskar Klein—Gustav Oberg.
10 Damen, 12 Herren, groß. Orchester.
Jeden Montag u. Freitag in der
Viktoria-Brauerei.
Jeden Dienstag in der Actien-
Brauerei Friedrichshain
früher Lipps. Am Königsthor.
— Humor auf Humor. —
Beginn 7½ Uhr, Billet 75 und 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 118.
Emeline Ethardo. Henry Taylor.
Consuelo Tortajada
The Missouris. Hereleb u. Cordelly.
Jean Clermont.
Les Minstrels Parisiens.
Comtesse Ferrucci. The Cardownies.
Otto Reutter
Ducreux-Giralduc u. s. w.
Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Novität! Täglich: Novität!
Die Kiebitze.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz.
Neu! Neu! Neu!
Schach und Matt.
Lustspiel in 1 Akt von Carlos Duchow.
Gesammtauftreten des durchweg neuengagirten Künstler- und Spezialitäten-Personals.
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Neu! Neu!
Fred Edlawi.
Erster deutscher Original-Blitz-Verwandlungs-Schauspieler mit seiner Sensationskomödie
Eine Minute zu spät.
Sechs Personen dargestellt von Edlawi.
Neu! Nuscha Melitta, Neu! Sport-Soubrette in ihrem eleganten Ponny-Gespann. Neu! Balleni, Kaleidoskoptänzerin. — Ferner: Carola Carla, Prima-Ballerina. — Helene Voss. — Max u. Ernst Wardini. — Molly Verch. — Barsikow Truppe. — Welser Trio. — Carré und Banola.
Anfang 7½, Sonntags 6 Uhr.
Entree 50 Pfg.

Mähr's Theater
Oranienstr. 24.
Täglich
Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Berliner Wäscher-Mädchen.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Giltigkeit.

Circus Busch.
Sonnabend, den 24. September 1898, abends 7½ Uhr:
Grosser Eröffnungs-Abend
Durchgehend neues, glanzvolles Programm:
Auftreten des Herrn **Franz Gebhardt,**
bisherigen langjähr. Chefs der k. k. spanischen Hofreitschule zu Wien.
Ritter des eisernen Kreuzes,
" " Rothen Adlerordens IV. Klasse,
" " Sächsischen Albrechtsordens,
Norwegisches Ritterkreuz I. Klasse mit Schwertern,
Italienische Krone, — Bayerischer Michaelsorden,
Ritterkreuz des Ernestinischen Hausordens,
Greifenorden, — Goldenes Verdienstkreuz mit Krone Oesterreich.
Aufzug sämmtlicher Reitertypen in prunkhafter Ausstattung.
Auftreten der neuengagirten Reitkünstler:
Mr. Alfred Leon, — Miss Doris, — Miss Allen,
die berühmtesten der Gegenwart in ihrem Genre.
Mr. Alfred Daniels, Gigerl-Clown.
Auftreten des gesammten **Corps de Ballet** (150 Damen).
Die neuen Dressuren des Direktors.
Sonntag, den 25. September 1898:
2 grosse Vorstellungen 2
Nachm. 4 Uhr. Jeder Erwachsene ein Kind unter 10 Jahren frei, weitere Kinder unter 10 Jahren halben Preis.
Abends 7½ Uhr: **Grosse brillante Vorstellung.**
Preise der Plätze für die Eröffnungs-Vorstellung: Loge 6 M., Parquet 4 M., Balkon 2,50, I. Platz 1,50, II. Platz 1,—, Gallerie 0,50.
Preise ab Sonntag: Logen 5 M., Parquet 3 M., Balkon 2 M., I. Platz 1,50, II. Platz 1,—, Gallerie 0,50.
Billets sind im Invalidendank, Unter den Linden, und an der Circuskasse zu haben.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
Vorletzte Woche!
CARL HAGENBECK's **INDIEN.**
Sonntag, den 25. September:
25 Pf. Entree!
Schaustellungen in der ged. Arena: 3—5—7 Uhr Nachm.
Gr. indischer Preis-Ringkampf
catch as catch can
zwisch. d. Indier Mhabool Khan u. d. Berl. Meisterschaftsring.
Theodor Heidtke
!! um den Preis von 100 Mark !!
Avis! Schulkinder, wenn klassenweise, zahlen an Wochentagen in Begl. der Lehrer nur 10 Pf. pro Kopf, wofür 5-Uhr-Nachm.-Vorst. gratis. Lehrer hab. fr. Eintr.

Oranien-Hallen
Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: **Hermann Scholze** 5656U*
empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Max Kliem's Sommer-Theater,
Hasenhaide 14/15. — Artistischer Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Neues Programm:
Wienecke's Zwerg-Theater. Mackwell, Froschmensch. Benedetti, Imitator. Edler von Metz, Transformationskünstler. Bertoletti, Jongleuse. Max Grabow, Komiker. Elsa Rotti, Chansonnette. „Das Täubchen von Quedlinburg", Volksstück mit Gesang.
In den Festsälen:
Grosser Ball.
Die Kaffeküche ist geöffnet.
Max Kliem.

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett, Humoristen- und Schauspiel-Ensemble.
Zum Schluß:
Der liebe Onkel.
Lustspiel in 4 Akten von Rudolf Kneisel.
Anf. Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Heute, Freitag, den 23. September:
Die Tochter des Herrn Fabricius.
Schauspiel in 4 Akten von Wilbrandt.
Morgen, Sonnabend, wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.

Circus G. Deike
Nollendorfplatz 5.
Der erste und eleganteste reisende Circus Europas.
130 Personen, 45 Pferde.
Eigene elektrische Beleuchtung.
Heute u. folgende Tage:
Gr. Vorstellung
mit stets wechselndem Programm.
Sonnabends, Sonntags wie Mittwochs je 2 große Vorstellungen, nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr.

Hirschfleisch 30, 40; Blatt 50, Keule u. Rücken 70 u. 80. **Hasen,** sauber gespickt.
Oderbrucher Fett-Gänse,
Gänsefleisch pfundweise, Enten, Hühner, Tauben billigst.
A. Ritschl, Dresdenerstr. Nr. 61,
Wild- u. Geflügelhandlung.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben **Putzger,** Steglitzerstr. 65.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5—10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Im Theatersaal von 6 Uhr ab:

Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Neues September-Programm.

Castan's Panopticum.
Major Graf Walsin-Esterhazy.
Neu!!
Neu!! Lebende Bilder dargestellt von 6 jungen schönen Damen.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
Dresdener-Straße 97.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Neu! Novität! Neu!
Unser Junge.
Posse mit Gesang v. E. Braune.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree: Wochentags 20 Pfennig. Sonntags 40 Pfennig.
Die Direktion: Aug. Kolig.

Reichshallen.
(Im großen Theatersaal)
Täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang der Soiree 8 Uhr; vorher: Konzert. Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 M., Orchester-Loge und Fremden-Loge 1,50 u. 2 M. Tageskasse v. 11—1 Uhr.

Olympia-Theater
(Circus Renz) Karlstrasse.
Sonnabend, 24. Septbr.
Eröffnungs-Vorstellung
Mene Tekel
Sylvester-Phantasie m. Gesang u. gr. Ballets in 3 Akt. (11 Bild.)
Die Kasse ist für den Vorverkauf täglich v. 10 Uhr vorm. ununterbrochen geöffnet.

Verein „Berliner Presse"

Der Mitbegründer unseres Vereins, Herr

Theodor Fontane

der Altmeister der deutschen Dichter und Schriftsteller, ist am 20. September im 79. Lebensjahr gestorben.

Die Begräbnissfeier findet am Sonnabend, den 24. Sept., vormittags 11 Uhr, in der Leichenhalle des Französ. Kirchhofs in der Liesenstrasse statt.

Der Vorstand.

Beerdigungs-Anzeige.

Allen Genossen u. Genossinnen zur Nachricht, daß die Beerdigung unseres heißgeliebten, einzigen Kindes

Richard,

welches uns auf so schreckliche Art und Weise durch den Tod entrissen wurde, am Freitag Nachmittag 5½ Uhr von der Leichenhalle des Neu-Weißenseeer Kirchhofes in der Röllestraße stattfindet.

Albert Kirchner, Tischler, Weißensee, Friedrichstr. 55 II.

Alhambra
Wallner-Theaterstr. 15 (1000 Pers.)
Jeden Donnerstag und Sonntag: Gr. Ball. Für Vereine u. Versammlungen geöffnet. Aug. Zameitat.

Flora-Säle
1000 Pers. fass. Elektr. Beleuchtung.
Besitzer: Bernh. Nieft, Weberstr. 17.
Sonnabende Septemb. bis Dezember gratis zu vergeben. [*

Vereinszimmer frei, geräumig, mit Piano. Stineonstr. 23, Flick.

Buss' Ball-Salon,
Gr. Frankfurterstr. 85.
empfiehlt seine Säle zu Versammlungen und Vergnügungen.
Oktober und November sind noch einige Sonnabende frei.

Kleiner Saal mit Vereinszimmer ist noch einige Tage an Vereine, auch zu Hochzeiten zu vergeben. [1090b
Rebelin, Langestr. 108.

Köpenick. Morgen, Sonnabend: Frischen Schlachtschnitt!
G. Krüger, Grünstr. 51.

Adlershof.
Den geehrten Vereinen zur gefl. Kenntniß, daß ihnen mein Tanzsaal jeden Sonntag zur Verfügung steht, da mir seitens des Amtsvorstehers zu Adlershof, v. Oppen, jede öffentliche Tanzlustbarkeit abgeschnitten ist.
Hochachtungsvoll [60159*
Paul Schmauser, Bismarckstr. 16.

Arbeitsanzüge W. Pahr Brunnenstr. 112.

Für 3 Mark
Reste sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7—10 M. Für 12 M. ff. Cheviots auch Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
14. Kranzstr. 14, 1 Tr.,
Kein Laden. [6059L*

Specialärztl. Institut
Dr. B. Lasker
42 Alexanderstr. 42
(am Alexanderplatz).
Spec. operationsloses Heil-Verfahren ohne Berufsstörung für **Beinleiden.**
Erprobte Methoden bei Flechten, Lupus und anderen
Hautleiden.
Tägl. 9—12, 3—6. Freitag und Sonntag 9—12.

Wichtig für Brautleute!
Möbel, Spiegel, Polsterwaaren verkaufe wegen Ersparniß der Ladenmiethe bedeutend billiger. Eig. Werkstelle i. Hause.
Tischlermeister,
Bukow, Invaliden-Straße 13.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20–21:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 24. September 1898!
VI. Stiftungs-Fest
in **Keller's Festsälen,** Koppenstr. 29.
Grosses Konzert! Grosser Ball!
Instrumentalsolo und **Gesangssolo** von Künstlern 1. Ranges.
Fest-Zeitung.
Anfang 8¼ Uhr. — Entree: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.
Tanz frei!

Avis! Die Kollegen werden gebeten, sich rechtzeitig mit Billets zu versehen, an der Kasse werden keine verkauft. Dieselben sind auf allen Zahlstellen und auf dem Bureau, Annenstr. 39, zu haben.

Einsetzer.
Sonntag, den 25. September, vormittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn Schöning, Köpnickerstr. 68:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
Wie bessern wir unsere Arbeitsverhältnisse? Wie vermindern wir die Arbeitslosigkeit? Verschiedenes und Diskussion.

Alle Kollegen sind verpflichtet zu erscheinen. Neu-Aufnahmen und Entgegennahme von Beiträgen finden in obigem Lokal jeden Sonntag während der Morgensprache statt. 107/16

Kollegen, tretet ein in den Verband, organisirt Euch. Einer für Alle, Alle für Einen. **Die Kommission.**

Branchenversammlung
der
Bürsten- und Pinselmacher
am Sonntag, den 25. September 1898, vormittags 10½ Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen **P. Jahn:** Das neue Innungsgesetz. — Diskussion. — Ersatzwahl zur Branchenkommission Verschiedenes.
Kollegen, agitirt fleißig für die wichtige Versammlung.
Der Obmann.

Verband der Sattler und Tapezirer.
Sonnabend, den 24. Septbr., abends 9 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstrasse No. 27c:
Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Dr. Zadek** über „Das Koalitionsrecht und die Gesundheit des Arbeiters". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
156/18 **Die Ortsverwaltung Berlin I.**

Verband der Vergolder.
Montag, den 26. September, abends 8½ Uhr,
in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten **Th. Metzner** über: Arbeiterschutz und Arbeitertreue. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 225/14
In dieser Versammlung erfolgt die Ausgabe der Matinee-Billets.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Achtung! **Former,** **Achtung!**
Sonntag, den 25. September, mittags 12 Uhr:
Gr. öffentl. Formerversammlung
und aller in
Gießereien beschäftigten Arbeiter
im „Kolberger Salon", Kolbergerstr. 23.

Tagesordnung: 1. Die Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter durch hohe Zuchthausstrafen. 2. Diskussion. 3. Die Lohnabzüge in verschiedenen Gießereien und wie stellen sich die Berliner **Former** dazu?
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
61/7 **Der Einberufer.**

Achtung! **Bauarbeiter!** **Achtung!**
Sonntag, den 25. September, mittags 1 Uhr,
in Feuerstein's Festsälen (unterer Saal), Alte Jakobstr. 75:
Oeffentliche Versammlung
der Bauarbeiter Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu der Abzweigung der Rabitzspanner und der Putzerträger vom Sammeln zum öffentlichen Fonds. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Im Interesse der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir die Kollegen, sich recht rege an der Versammlung zu betheiligen; insbesondere laden wir die Rabitzspanner und die Putzerträger hierzu ein. 40/7
Die Lohnkommission. J. A.: **W. Noack.**

General-Versammlung
des
Elektrotechnischen Gewerkvereins
Berlins und Umgegend
am Sonnabend, den 24. September, abends 8½ Uhr.

Vortrag. — Die Versammlungen des Vereins finden jeden zweiten und vierten Sonnabend, abends 8½ Uhr, im Monat, Schillingstraße 36, statt; daselbst werden Fachvorträge gehalten, an denen jeder Fachmann oder der es werden will, theilnehmen kann. Anmeldung zur Aufnahme in den Elektrotechnischen Gewerkverein werden in jeder Versammlung entgegengenommen.
11015 **Der Vorstand.** W. Sawitzky, SO., Wasserthorstraße 76.

---

3 Männer-Vorträge
mit farbigen Lichtbildern, abends 8½ Uhr, über:
„Geheime Leiden und medizinische Irrthümer"
Freitag, den 23. Sept., Königshof, Bülowstr. 39,
Mittwoch, den 28. Sept., am Wedding, Müllerstr. 178,
Donnerstag, den 29. Sept., Lindenstr. 106.
Gäste, nur Männer, willkommen. Eintritt nach Belieben.
Verein für Körper- u. Naturheilkunde
Alexanderstr. 8.
Sprechzeit 11—1 und 6—8. Sonntags von 11—1.

Pelzwaaren aller Art sehr billig.

Oscar Arnold, Hut-Engroslager
Dresdenerstr. 116.
am Oranienplatz (kein Laden)
Einzelverkauf reeller Waaren zu folgenden Preisen (Partiewaaren führe nicht).

Herrenhüte,	weich à 1,25 1,50 2,— 2,50 3,— 3,50 u. 4,—	
do.	steif . . . . . à 2,— 2,50 3,— u. 3,50	
do.	Z. Haarfilz . . . à 4,50 5,— 6,— u. 7,—	
Cylinderhüte	. . . . . à 4,— 6,— 7,50 9,— u. 11,—	
Herren-Mützen	. . à 0,35 0,40 0,50 0,60 0,75 bis 2,50	
Kinder-Mützen	. . . . . à 0,50 0,60 0,75 bis 2,50	
Kinder u. Confirmandenh.	à 0,75 1,— 1,25, 1,50 2,— u. 2,50	

Weiche Damenhüte, leichte Reisehüte, Lodenhüte, Chapeaux claques, Turnerhüte, Jagdhüte, etc.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
Bitte genau auf die Adresse zu achten, da ich keine Filialen habe.

Institut für Zahnleidende.
Dr. chir. dent. **Herm. Heród, american. Dentist,**
Elsasserstrasse 92, 1 Tr. (Rosenth. Thor)
Behandlung aller Mund- und Zahnkrankheiten.
Neu! **Schmerzlose** Zahnoperationen, Plomben.
Patentamtl. geschützte **Aluminium-Gebisse!**
Bestes System der Gegenwart. Federleicht und dünn. Unzerbrechlichkeit der Platte garantirt.
Gebisse ohne Gaumenplatte! Deutsches Reichspatent No. 93 522.
Bitte zur Notiznahme, dass **ausser mir** Niemand diese patentirten Gebisse weder in Berlin noch Umgegend anfertigt noch anfertigen darf.
Institutspreise! Sprechstunden: 9—12, 3—5, Sonntags 9—11 Uhr. **Telephon Amt III. 3014.**

Möbeltischlerei und Lager complet, **Wohnungs-Einrichtungen** in jeder Preislage zu den billigsten Fabrikpreisen empfiehlt **Julius Apelt,** Tischlermstr.
Skalitzerstrasse 6 (am Kottbuser Thor).

Karol Weil's Seifenextrakt
macht die Wäsche blendend weiss.

Guckel's
Zahnateliers
Lausitzer Platz 2, Steglitzerstrasse 71.
Bestrenommirt und wohlbekannt.
Zähne v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.
Ratenzahlung gestattet. (Woche 1 M.)
Ausschneiden!

Dieser Kupon wird mit 1 M. angerechnet.

Jede Konkurrenz übertreffend
biete ich
diese Woche
in prima frischester Qualität:

Zander	pro Pfund	50–60	Pf.
Schellfisch (in allen Größen) . . .	„ „	15–25	„
Cablian	„ „	15–25	„
Seelachs	„ „	15–20	„
do. im Ausschnitt . .	„ „	30	„
Bratschollen (Flundern) . .	„ „	20–25	„
Rothzungen	„ „	30–35	„
Große Schollen	„ „	40	„
Eis-Barsche	„ „	40	„

Lebende Aale, Hechte, Schleie, Karauschen, Karpfen etc. in reichster Auswahl zu Ausnahmepreisen.
16 Dragoner-Straße 16
Otto Gundermann.

Deutsche Schuh-Fabrik
vorm. **G. Markus & Co.,** Ges. m. beschr. H.
Erfurt–Ilversgehofen

Renommirtes **Fabrikat.** — Beste **Zuthaten.**

Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalkt, Spezialität. . . . 7 M.
„ „ „ **ohne Naht, Spiegel 8,50** M.
„ „ **Besatz u. Knopfverzierung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50** bis **15** M.
„ **Agraffenstiefel, Besatz, 6,50, 7,50, 8,50** bis **18** M.
„ **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitsschuhe, reell, solid, kräftig. 4,50 bis **6,50** M.
Schaftstiefel, Reitstiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis **14** M.
„ **Knopf- u. Schnürstiefel,** elegant, mit Besatz u. Kappe, von **5,50** M. an.
„ **Schnürschuhe** . . . . . von **3,50** M. an.
„ **Hausschuhe** . . . . . von **3,00** M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet,

zu anerkannt sehr billigen Preisen.

Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von **2,50** M. an.
Größte Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen,** sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervortheilung ausgeschlossen. [5856 L*

Verkaufsstellen:

Berlin SW., Belle-Alliancestraße 102.
„ W., Schillstraße 12.
Stettin, Reifschlägerstraße 14.
Hannover, Klagesmarkt 7a.
Hamburg, Steinstraße 16.
„ Margarethenstr. 5.
Bremen, Faulenstraße 75.
Düsseldorf, Schadowstraße 57.
Köln a. Rh., Eigelstein 66.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26.
„ Zeil 67.
München, Sendlingerstraße 10.
„ Dachauerstraße 83.
„ Landsbergerstraße 7.
„ Humboldtstr. 22.
„ Amalienstr. 28.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter
und Berufsgenossen Berlins u. Umgegend.
Stiftungs-Fest
am Sonnabend, den 24. September, in den Arminhallen, Kommandantenstrasse 20.

Die Musik wird von Berufsmusikern unter Leitung des Dirigenten Herrn Guttmann ausgeführt. — Auftreten des Komikers Herrn **Oesterreich.**
Anfang 8½ Uhr.
Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**

Billets sind zu haben beim Kollegen Hüttich, Mariannenstraße 17, beim Vorsitzenden G. Darsow, Grünauerstr. 25, sowie im Arbeitsnachweis, Naunynstr. 78 bei Herrn Heinrich.
142/15 **Der Vorstand.**

Westend, Charlottenburg, **Parkrestaurant,** Kastanien-Allee 1, Ecke Spandauer Berg, sind Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten zu vergeben sowie zwei verdeckte Kegelbahnen. [6061L* **F. Karl** und **H. Heinrich.**

Zähne 2 M. **10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M.** Sprechst. 9-6. **Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22.** *

Möbel-Kaufhaus
Die Möbelfabrik **Neue Schönhauserstraße 2,** zwischen Münzstraße und Rosenthalerstraße (früher Rosenthalerstraße 13) verkauft in den neuerbauten Fabriksälen Quergebäude und Seitenflügel, erste und zweite Etage, Möbel zu jedem annehmbaren Preise. Auch für weniger Bemittelte halte ich stets Lager von einfachen Einrichtungen schon von 150—300 M. Eventuell gebe ich an sichere Leute Ausstattungen gegen Theilzahlungen unter koulanten Bedingungen, Beamten ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorationswerkstatt. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräthe verliehen gewesener, zum Theil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Nußbaum- oder Mahagoni-Kleiderspinden u. Vertikows 36 Mark, Korridorspinden 20, Muschelkleiderschränke 32, Bettstellen mit Matratze und Keilkissen 21, französische Muschelbettstelle mit Sprungfeder-Matratze und Keilkissen 48 Mark, Kommoden 16, Spiegel 9, Säulen-Trumeaux 48, Diwan mit Sitzauszug 30, Garnituren, Paneelsophas, Salonschränke, Ankleideschränke mit Spiegelthüren, Ruhebetten, Herrenschreibtische, Teppiche, Garderobenschränke, Bücherschränke 2c., sowie alle Arten Küchenmöbel. Brautleute erhalten Hochzeitsgeschenk. Besichtigung meiner ausgedehnten Verkaufsräumlichkeiten ohne Kaufzwang jederzeit gestattet und erbeten. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne sauber transportirt und aufgestellt, auch nach außerhalb. 5085B

Für 36 Mark
fertige feine Winter-Paletots nach Maß, für 30 Mark hochfeine Anzüge nach Maß, für 8—12 Mark feine Hosen nach Maß. [6060B*
Riesenstofflager
Krausenstr. 14. I (kein Laden).

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46, versendet gegen Nachnahme garant. neue **Bettfedern** à Pfd. 55 Pf., **schlesische Halbdaunen** à Pfd. M. 1,25, **bessere Halbdaunen** à Pfd. M. 1,75, **vorzügliche Daunen** à Pfd. M. 2,85.
Von diesen Daunen genügen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett.
Verpackung frei. Preisl. u. Proben gratis. Viele Anerkennungsschr.

Fahrräder.
Stets großes Lager **erstklass. Fabrikate** auf 5864B*
Theilzahlung
ohne Preiserhöhung zu den koulantesten Zahlungsbedingungen.
Herren- u. Damen-Räder v. 150 M. an.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.

Sophastoffe auch **Reste** in **Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!** [4971B*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, **Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.**

„Hülfe"
für jedermann in Krankheitsfällen durch baare Geldunterstützung für äußerst billige Monatsbeiträge erhält man bei der Krankenkasse **„Hülfe", Berlin SO., Skalitzerstr. 82, I,** am Schlesischen Thor.
Agenten allerorts gesucht. 6525

Die gegen **Frau Rudolf,** Rügenerstraße 19, ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit zurück, bitte dieselbe um Verzeihung und erkläre sie für eine ehrenwerthe Frau. 11000
Frau Mickisch, Rügenerstr. 19.

Bin von Rathenowerstraße 3 nach
Flemmingstr. 6 (nahe Paulstraße)
verzogen. Sprechstunden: ½11 bis ½12, 3—4. Die Sprechstunden im **Admiralsgarten-Bad** (Friedrichstr. 102) halte ich wie bisher von 9—10, ½5—½7. [6056B*
Dr. Klose,
Spezial-Arzt für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden.

Wo kaufen Sie
Ihre Zigaren? Bei [5955B*
Binnebösc, Schillingstr. 36.

Möbel, baar u. Theilzahlung, **billigst Frankfurter Allee 110 I,** Ecke Königsbergerstr.

Paneelsopha, Garn., Ruhef., Divan, Kleidersp., Wäschesp., Büchersp., Schreibt., Buff., Speiset., Bettst., Spiegel, Teppich, Bilder, bill., **verkauft Landsbergerstraße 77 (Möbelspeicher).** 9278

Betten, Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Portièren, Regulateure, Remontoir-Uhren, Anzüge, Hosen, Reisekoffer, Operngläser spottbillig
Pfandleihe Neanderstr. 6.

Möbel auf Theilzahlung
Gr. Frankfurterstr. 34
S. Lichtenthal
Ausstattungs-Magazin, altes renom. Geschäft, besteht schon über 20 Jahre.

Ein kl. Zigarren-Geschäft nebst Zubehör ist umständehalb. sof. bill. zu verkaufen. Miethe 400 M. Jagowstr. 19.

Möbl. einfenstr. Zimmer sof. billig zu verm. bei Theresia v. Rhoeden, Schönleinstr. 16, v. IV l. [11036

Arbeitsmarkt.

Lehrling für **Chromo-Lithographie** verlangt **Grasnick,** Waldemarstr. 39.

Jacken- u. Taghemden-Näherinnen beschäftigt dauernd
10929 **C. Buckow,**
Wäschefabrik, Neue Roßstr. 16, I.

Plätterin 10938
auf leichte Damenwäsche bei dauernder Beschäftigung sucht
C. Buckow,
Wäschefabrik, Neue Roßstr. 16, 1.

Jüngeren Zuschneider
sucht Kartonfabrik 10898
Gustav Fränkel, Kastanien-Allee 79.

Schriftmaler
verlangt [10868] **Holzmarktstr. 1.**

Lehrling zur **Schildermalerei** verlangt **Holzmarktstr. 1.** Firmenschilder-Atelier. 10876

Tüchtig. **Silberarbeiter-Gehilfen** verlgt. **Hirschfeld,** Köpenickerstr. 109a.

Steinmetz verlangt [10975
Zaché, Waßmannstr. 32a.

Junges Mädchen
aus achtb. Familie als Lehrmädchen in der Bäckerei **Lindenstr. 76** gesucht.

Sticker,
geübte, flotte Arbeiter bei hohem Lohn sofort gesucht [10948
Carl Birn, Dresdenerstr. 88/89.

Façondreher
wird verl. **Schraubenfabrik Charlottenburg,** Potsdamerstr. 35. [6020B

Suche einen tüchtigen [10816
Möbelpolirer
für dauernde Beschäftigung.
Ernst Gossow, Teltowerstr. 53.

Schlosser-Gesellen für dauernde Arbeit werden eingestellt
6049B* **Prinzen-Allee 28.**

Jugendliche **Arbeiterinnen** verlangen **Gebr. Siemens & Co.,** Charlottenburg. 10668

Tüchtige Falzerinnen verlangen **Lüderitz & Bauer,** Mauerst. 80

Verantwortlicher Redakteur: **Hugo Poetsch** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.